



ANPASSUNG DER KOMMUNALEN WIRTSCHAFTS- UND INFRASTRUKTUR AN DEMOGRAPHISCHE TRENDS

EINE PRAXISHILFE
VON KOMMUNEN FÜR KOMMUNEN

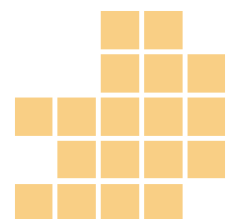


Ein Projekt im Rahmen des
Modellvorhabens der Raumordnung
„Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.“

Hamburg, im Januar 2006



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung



MORO

Anpassung der kommunalen Wirtschafts- und Infrastruktur an demographische Trends

Eine Praxishilfe von Kommunen für Kommunen

im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung
„Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.“

Arbeitskreis Modellkommunen / -regionen

Das Projektteam bestand aus

Jürgen Hein (Stadt Büdelsdorf)

Reinhard Gromke (Amt Preetz Land)

Claudia Ottink, Kurt Feldmann-Jäger, Eyk Röttger Naeve (Landeshauptstadt Kiel)

Frank Liebrez (Innenministerium Schleswig-Holstein, Abt. Landesplanung)

Klaus Mensing und Thomas Fischer (CONVENT GmbH)

Unterstützend mitgewirkt haben

Ulrich Hußing (Statistikamt Nord)

Kristina Schuhoff (Innenministerium Schleswig-Holstein, Abt. Landesplanung)

Text und Redaktion

CONVENT Planung und Beratung GmbH
Haubachstraße 74, 22765 Hamburg

Tel. 040 / 38 99 64 - 0

Fax 040 / 38 61 28 72

mail zentrale@convent-hamburg.de

web www.convent-hamburg.de

Dipl.-Geogr. Klaus Mensing (Geschäftsführer)

Dipl.-Geogr. Thomas Fischer

Das Projekt wird im Rahmen des
Forschungsprogramms „Modellvorhaben
der Raumordnung“ (MORO) vom Bundes-
amt für Bauwesen und Raumordnung
(BBR) fachlich unterstützt und gefördert.

www.bbr.bund.de



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Hamburg, im Januar 2006

Inhalt

Wozu dient diese Praxishilfe?	5
1. Problemaufriss	6
1.1 Zentrale Trends und Herausforderungen.....	6
1.2 Konsequenzen für Kommunen und Regionen	9
2. Die wichtigsten kommunalen Handlungsfelder	12
3. Strategien im Wandel – was ist zu tun?	14
Die Handlungsfelder- / Szenariomatrix	14
1. Schritt: Rückwirkende Betrachtung und Ausgangssituation	16
2. Schritt: Trendszenario.....	18
3. Schritt: Problembeschreibung.....	20
4. Schritt: Ziel- und Strategiediskussion.....	22
Ergebnis: Die „Diffusionsmatrix“	26
Die Checkliste im Überblick	28
4. Best Practices der beteiligten Kommunen / Regionen	29
Anhang I: Tipps und Links	37
Anhang II: Excel-Tabellenvorlagen und Auswertungsbeispiele	40
Anhang III: Daten-Set Demographischer Wandel	49

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Einwohnerentwicklung 2004 bis 2020 in Schleswig-Holstein	6
Abb. 2: Einwohnerentwicklung 2003 bis 2020 in der K.E.R.N.-Region.....	6
Abb. 3: Entwicklung der Altersklassen 1992 bis 2050 in Schleswig-Holstein	7
Abb. 4: Entwicklung der Altersklassen 2004 bis 2020 in der K.E.R.N.-Region.....	7
Abb. 5: Entwicklung des Ausländeranteils in Büdelsdorf und Kiel	8
Abb. 6: Handlungsfelder der Modellkommunen im MORO K.E.R.N.	12
Abb. 7: Wohnen, Erwerbstätigkeit und Infrastrukturnutzung nach Altersklassen.....	13
Abb. 8: Branchenbezogene Potenziale der Alterung	13
Abb. 9: Die Handlungsfelder- / Szenariomatrix	15
Abb. 10: Beispielhafte Darstellung für Einschätzungen der Entwicklung mittels Pfeilen	17
Abb. 11: Trendszenario: Beispielhafte Darstellungsweise für subjektive Einschätzungen	18
Abb. 12: Schlüsselfaktoren im Wandel.....	19
Abb. 13: Erfolgsfaktoren für gute Konzepte.....	23
Abb. 14: Ausgefüllte Handlungsfelder- / Szenariomatrix.....	24
Abb. 15: Diffusionsmatrix.....	27

Verzeichnis der Tabellen im Anhang

Tab. 1: Bevölkerung nach Altersklassen.....	40
Tab. 2: Alten- und Jugendquotient	41
Tab. 3: Bevölkerungsentwicklung unterschieden nach natürlicher und wanderungsbedingter Entwicklung	42
Tab. 4: Bevölkerungsentwicklung von Ausländern	43
Tab. 5: Entwicklung der Haushalte.....	44
Tab. 6: Entwicklung von Wohneinheiten	45
Tab. 7: Entwicklung ausgewählter Arbeitsmarktdaten	46
Tab. 8: Entwicklung der Kommunalfinanzen.....	47
Tab. 9: Weitere beispielhafte Tabellenvorlagen von Infrastruktureinrichtungen	48

Wozu dient diese Praxishilfe?

Die zukünftig erwarteten Veränderungen der Bevölkerung – Alterung, Abnahme und Heterogenisierung – sind unter dem Schlagwort „Demographischer Wandel“ mittlerweile zu einem **Thema auf der kommunalpolitischen Tagesordnung** geworden. Dabei geht es nicht mehr um die Frage, ob es zu Wirkungen auf die kommunale und regionale Wirtschafts- und Infrastruktur kommen wird, sondern welche Handlungsfelder zu welchen Zeitpunkten und in welchem Ausmaß betroffen sein werden. Der Standortfaktor Demographie hat an Bedeutung gewonnen, der Wettbewerb um gute Konzepte läuft.

Es gibt keine Patentrezepte, allerdings übertragbare Strategien und Instrumenten-Sets, die zu beachten und problem- bzw. aufgabenbezogen anzuwenden sind. Voraussetzung hierfür ist die Befassung der kommunalen Entscheidungsträger mit der Situation, um sich selber ein Bild zu machen. Dies gilt sowohl für die zurückliegende Entwicklung, als auch für die Einschätzung zukünftiger Trends. Das Auseinandersetzen und der Erkenntnisgewinn stehen im Vordergrund.

Dies war Anlass, im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) „Senio-
renorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.“ einen **Arbeitskreis Modellkommunen / -regionen** zu gründen. Dieser hat am Beispiel des Barkauer Landes, der Stadt Büdelsdorf und der Landeshauptstadt Kiel sowie unter Mitarbeit der Landesplanung und CONVENT in insgesamt zehn Arbeitstreffen Entwicklungstrends analysiert und Szenarien formuliert, daraus resultierende Probleme benannt und mögliche Stellschrauben sowie Handlungsansätze in ausgewählten kommunalen Handlungsfeldern erarbeitet.

Ziel des Arbeitskreises und dieser Arbeitshilfe ist es, allen Akteuren in der K.E.R.N.-Region die Vorgehensweise zur Erarbeitung eigener Strategien und Maßnahmen zur Verfügung zu stellen – als Serviceleistung und als herzliche Aufforderung, sich mit den kommunalen Zukunftsfragen zu befassen. Die Handlungsfelder- / Szenariomatrix, das Datenset Demographischer Wandel und die Excel-Abfrageschemata dienen dazu, eigene Auswertungen vorzunehmen und bieten eine erprobte und übertragbare Vorgehensweise, um tragfähige Entwicklungsperspektiven und Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten.

Nutzen und benutzen Sie die Arbeitshilfe entsprechend der Herausforderungen, die sich Ihnen stellen: Beginnend vom ersten Schritt der Analyse der Ausgangssituation oder einsteigend dort, wo Sie gerade stehen. Gehen Sie auf jeden Fall systematisch vor, am besten, indem Sie die Checkliste auf Seite 30 „abhaken“. Nutzen Sie auch die Materialien im Anhang. Erarbeiten Sie maßgeschneiderte Lösungen für Ihre Kommune oder Region, Ihre Infrastruktureinrichtung oder Ihr Unternehmen. Binden Sie dabei möglichst viele Akteure ein und erarbeiten Sie Lösungen nicht für sie, sondern mit ihnen.

Falls Sie **Ideen und Anregungen** haben, freuen wir uns auf Ihr Feed-back.

Abschließend ein **herzliches Dankeschön** an die K.E.R.N.-Region sowie das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung für die Unterstützung sowie an die Mitglieder des Arbeitskreises für die engagierte und kooperative Mitarbeit.

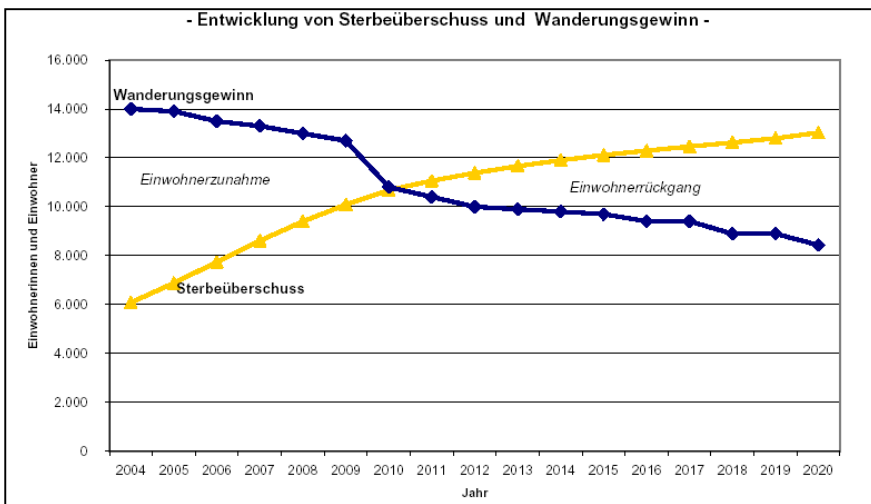
1. Problemaufriss

1.1 Zentrale Trends und Herausforderungen

Unter dem Stichwort „Demographischer Wandel“ werden seit einigen Jahren Entwicklungen und Konsequenzen beschrieben, die sich durch drei Trends skizzieren lassen:

- a) **Bevölkerungsabnahmen** in nahezu allen westlichen Industrieländern, vor allem in Europa. Auch in Schleswig-Holstein sowie in der K.E.R.N.-Region ist ab etwa 2020 mit Bevölkerungsrückgängen zu rechnen. Dabei bestehen bereits heute regionale Unterschiede, eine Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung sowie die Überlagerung verschiedener Effekte wie Geburten / Sterbefälle, Zu- / Abwanderungen etc.

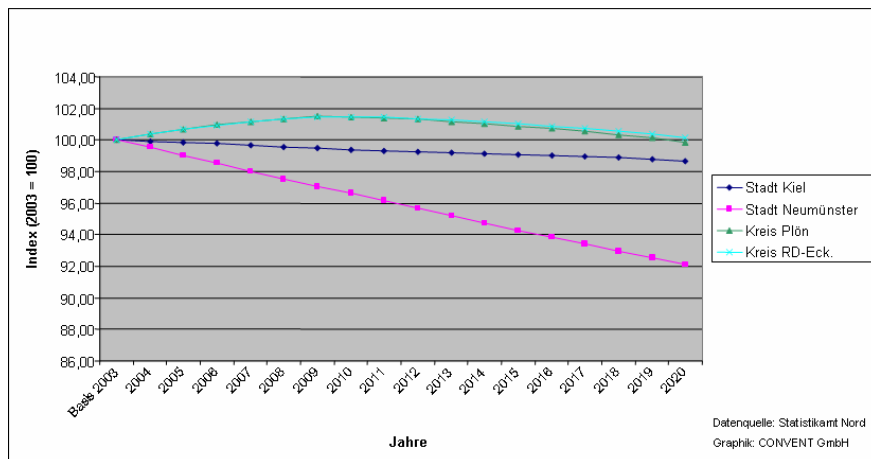
Abb. 1: Einwohnerentwicklung 2004 bis 2020 in Schleswig-Holstein



Quelle: Innenministerium Schleswig-Holstein, Abteilung Landesplanung

Für die K.E.R.N.-Region ergibt sich dabei folgendes Bild:

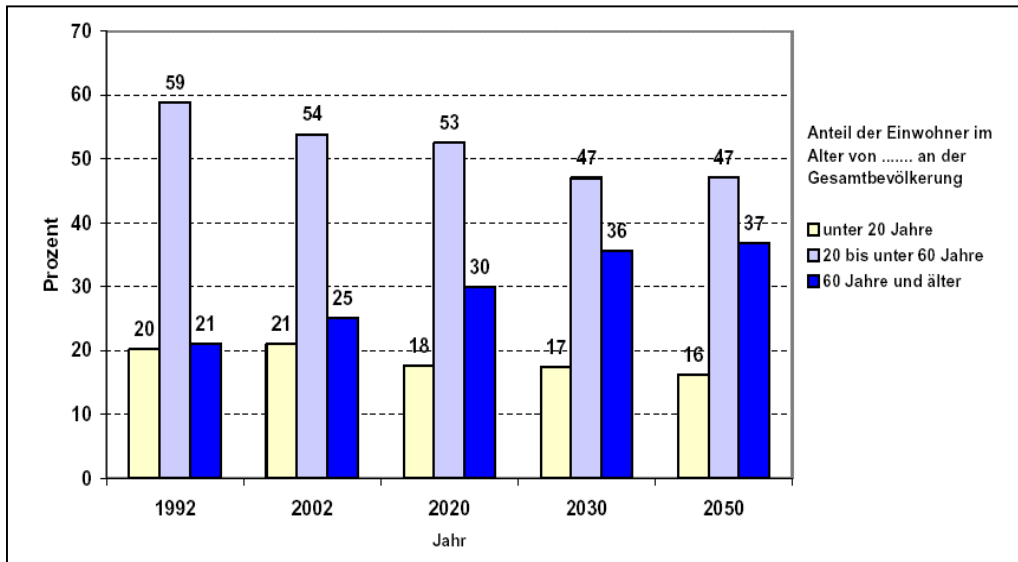
Abb. 2: Einwohnerentwicklung 2003 bis 2020 in der K.E.R.N.-Region



Quelle: Eigene Graphik auf Basis der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistikamtes Nord

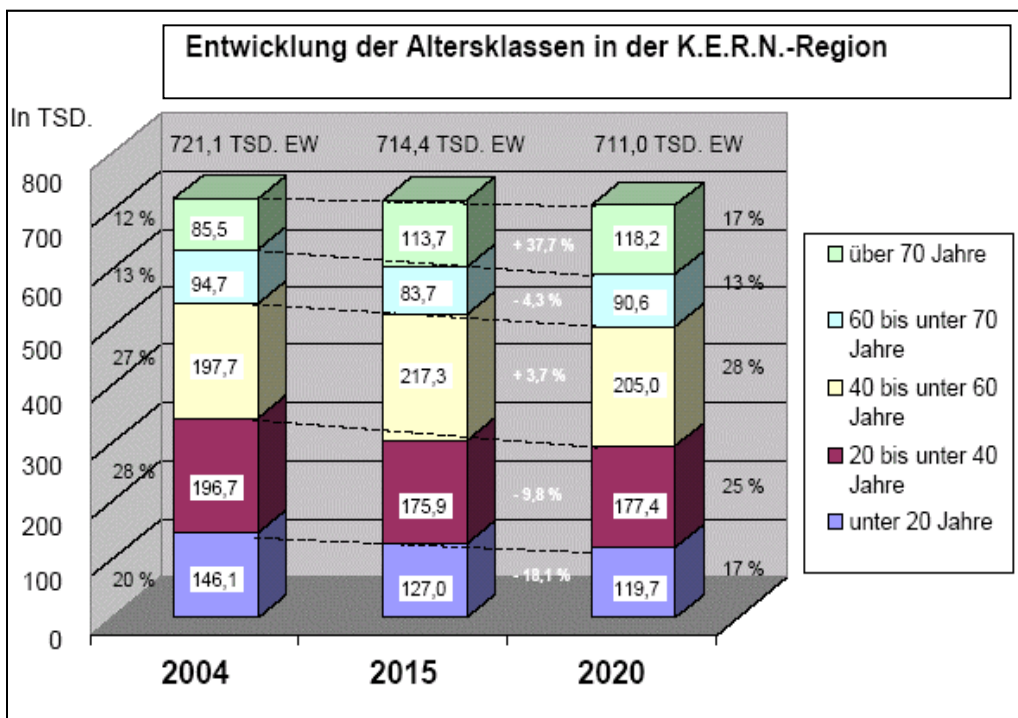
- b) **Zunehmende Alterung der Bevölkerung** als der schon heute entscheidende Trend: Unser Alltag und die Lebens- und Wirtschaftsbereiche werden zunehmend von älteren Menschen geprägt sein. Das Verhältnis von Erwerbstätigen zu „Rentnern“ wird sich immer mehr angleichen.

Abb. 3: Entwicklung der Altersklassen 1992 bis 2050 in Schleswig-Holstein



Quelle: Innenministerium Schleswig-Holstein, Abteilung Landesplanung

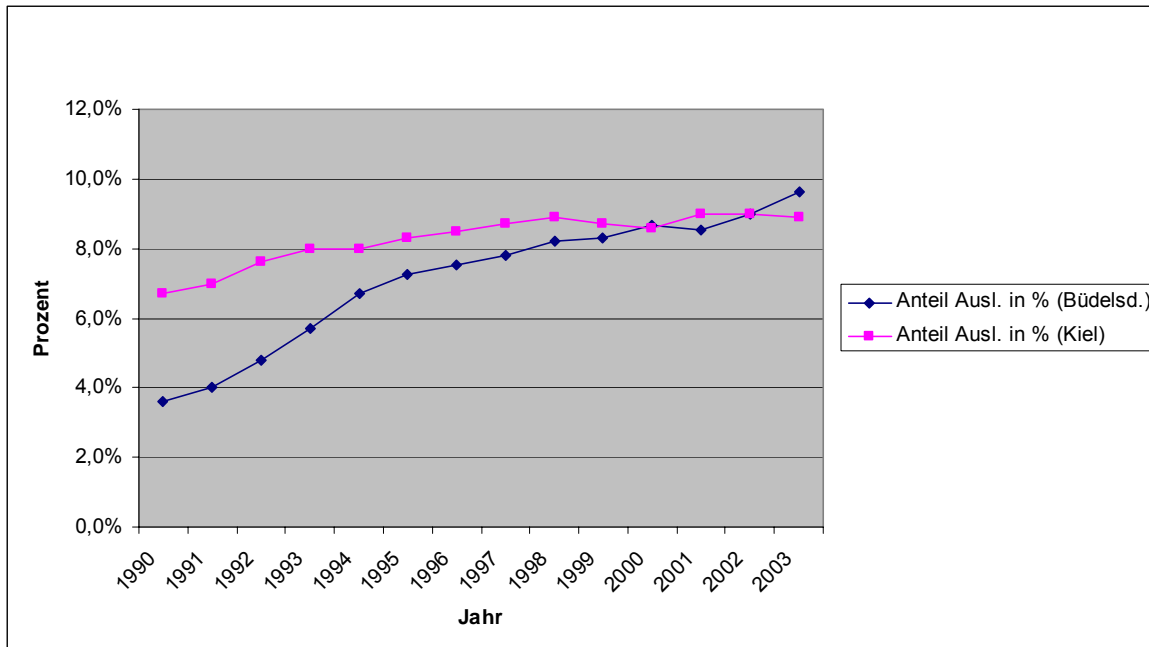
Abb. 4: Entwicklung der Altersklassen 2004 bis 2020 in der K.E.R.N.-Region



Quelle: Eigene Graphik auf Basis der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistikamtes Nord

- c) **Heterogenisierung** in Form eines zunehmenden Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund – aufgrund der Abnahme der deutschen Bevölkerung, Zuwanderung von Ausländern, Geburten von Ausländern in Deutschland und weiteren Effekten.

Abb. 5: Entwicklung des Ausländeranteils in Büdelsdorf und Kiel



Quelle: Eigene Graphik auf Basis ausgewerteter Melderegisterzahlen

Resultierende Fragen für Kommunen und die K.E.R.N.-Region?

- Was bedeutet dies für die Kommunen und die K.E.R.N.-Region?
- Wie sehen der Altenquotient und die Wanderungsbilanz für unsere Kommune im Detail aus?
- Welche Handlungsfelder sind betroffen?

Im Folgenden wird Hilfestellung zur Beantwortung dieser Fragen gegeben. Doch zunächst zu den wichtigsten Konsequenzen der demographischen Trends.

→ **Tipps zum Weiterlesen**

Weitere aktuelle Daten und Darstellungen zur demographischen Entwicklung:

- www.demographie.schleswig-holstein.de
- Schleswig-Holstein 2020. Demographie-Report regional, Mai 2005, dsn Projekte-Studien-Publikation >> Download www.dsn-projekte.de/demographie

1.2 Konsequenzen für Kommunen und Regionen

Diese Entwicklung hat die unterschiedlichsten Konsequenzen: Alltag, Arbeit und Einkaufen, Weiterbildung und Freizeitverhalten werden sich im Jahr 2030 anders darstellen. Arbeits- und Ausbildungsplätze werden unbesetzt bleiben, Kindergärten und Schulen werden zum Teil schließen, das Urlaubsverhalten in der Tourismusregion K.E.R.N. wird sich ändern, Sport- und Freizeitangebote müssen auf neue Zielgruppen reagieren, und das Gesundheitswesen wird sich neu ausrichten. Zudem kommen Auswirkungen auf die umlagenfinanzierten Sozialsysteme wie Rentenkassen und Krankenkassen zu. Der zunehmende Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird das „Zusammenleben“, die Integration und das soziale Leben beeinflussen.

Grundsätzlich wird die demographische Entwicklung einen – quantitativen und strukturellen – **Wandel in der Nachfrage** bedingen und somit zu **Markt- und Infrastrukturanpassungen** führen. Hiervon betroffen sein werden die meisten Märkte und Infrastruktureinrichtungen, jedoch in unterschiedlichem Maße. Die Wirkungen sind im Einzelnen nur begrenzt vorherzusagen, denn teilweise überschneiden sich Trends, verstärken sich oder heben sich gegenseitig auf. Weiteren Einfluss haben die sog. „Rahmenbedingungen“, die sich positiv oder negativ auf einzelne Handlungsfelder auswirken können und Effekte des demographischen Wandels verstärken oder kompensieren können, wie z.B.

- gesamtwirtschaftliche Trends, incl. Wirtschafts- und Finanzpolitik,
- gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und ähnliche Trends,
- Trend zur Kleinfamilie, Zunahme Single-Haushalte, Verkleinerung Haushaltsgrößen.

Einige grundsätzliche Wirkungszusammenhänge

Grundsätzlich ist immer zu unterscheiden zwischen

- quantitativen Veränderungen der Anzahl der Nutzer bzw. Nachfrager („mehr oder weniger“),
- qualitativen, d.h. alters- und bevölkerungsstrukturellen Änderungen der Nachfrage sowie des Nutzerverhaltens;
- altersspezifischer Nutzung bzw. Altersabhängigkeit des Handlungsfeldes (z.B. Kindergärten und Seniorenresidenzen) sowie
- altersgruppenübergreifender Nutzung (z.B. Sport- und Kultureinrichtungen, Einzelhandel);
- Wirkungen im Zeitverlauf (Wann sind welche Altersgruppen als Nutzer / Nachfrager bestimmend, wo gibt es Zunahmen, wo Rückgänge?);
- einzelnen Raumkategorien wie „Kernstadt“, „Stadtumland“ und „Ländlicher Raum“.

Der demographische Wandel führt somit zu **neuen Herausforderungen und Gestaltungsaufgaben für Kommunen und Regionen**: Neben der Anpassung und Neuausrichtung der Infrastruktur stehen wirtschaftsstrukturelle Aufgaben, gesellschaftliche Herausforderungen sowie eine Anpassung der Leitbilder und Strategien, Konzepte und Instrumente auf der Tagesordnung.

Der Standortfaktor Demographie wird den Wettbewerb der Kommunen und Regionen weiter verschärfen: Ging es bisher in erster Linie um die Schaffung von Arbeitsplätzen, steht zunehmend das „Werben“ um Bevölkerung auf der Tagesordnung. Daraus resultiert auch ein Wettbewerb um gute Konzepte und deren zeitnahe Realisierung: Die Bindung der BewohnerInnen bzw. die Förderung der „Haltefaktoren“ und der „Bleibebereitschaft“ wird zu einer zentralen Aufgabe.

Allgemein besteht Konsens darüber, dass neben notwendigen Anpassungen gleichzeitig an den Ursachen des Wandels angesetzt werden muss. „Das eine tun und das andere nicht lassen“ heißt somit die **„Doppelstrategie“ aus Anpassung und Gegensteuern**. Hierzu sind von Kommunen und Regionen individuelle Strategien und Instrumente zu erarbeiten. Dieser Leitfaden zeigt einige Beispiele auf.

Bedacht werden muss dabei jedoch, dass viele Kommunen auf vergleichbare Konzepte setzen, etwa die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Ausweisung neuer Baugebiete für junge Familien. **Insofern muss eine individuelle und passgenaue Strategie berücksichtigen:**

- a) Notwendige Anforderungen an die Infrastruktur wie Familienfreundlichkeit, Flexibilität etc., die sozusagen die **„Hausaufgaben“** darstellen, sowie
- b) Individuelle Standortstärken und Lebensqualitäten im Sinne von **Alleinstellungsmerkmalen**, die letztlich das kommunale bzw. regionale Profil ausmachen und im Standortwettbewerb zählen (vgl. 4. Schritt: Ziel- und Strategiediskussion).

Es gibt somit keine Patentrezepte, allerdings übertragbare Strategien und Instrumentensets, die zu beachten und problem- bzw. aufgabenbezogen anzuwenden sind. Dabei werden neue Partnerschaften und Arbeitsteilungen zwischen Öffentlicher Hand, Unternehmen, Infrastrukturträgern und BürgerInnen notwendig werden. Die Fragen sind zu beantworten: „Wie organisieren wir das? Wie vermitteln wir das?“

Gäbe es noch keine **interkommunale Kooperation**, müsste sie aufgrund des demographischen Wandels sicher erfunden werden. Denn eine tragfähige und nutzerfreundliche kommunale Infrastruktur erfordert unter den zukünftigen demographischen Bedingungen eine effiziente Arbeitsteilung zwischen benachbarten Kommunen, weil einzelne Kommunen alleine nicht mehr sämtliche Angebote der Daseinsvorsorge vorhalten können. Im Übrigen betrifft dies neben der Infrastrukturausstattung auch ein zukunftsfähiges Portfolio an Standortfaktoren.

Chancen im Wandel

Der demographische Wandel bedingt Herausforderungen und Probleme, die jedoch nicht alle wirklich neu sind. Denn der „Faktor Demographie“ kann durchaus zu einem „neuen Handlungsdruck für alte Probleme“ führen. Insofern ergeben sich auch **Chancen für eine Modernisierung und Qualifizierung der Infrastruktur** im Rahmen der Anpassung, auch wenn rein quantitativ der „Versorgungsgrad“ oder die Erreichbarkeit abnimmt: etwa durch bauliche Maßnahmen, neue Träger- und Betreiberstrukturen, verbessertes Management und erhöhte Auslastung, angepasste Nutzerzeiten, Outsourcing von Teilleistungen etc.¹ Notwendig hierfür ist die **Prüfung des Demographie-Bezugs** der jeweiligen Infrastruktureinrichtung sowie der rechtlichen, technisch-betrieblichen sowie politischen „Anpassungsflexibilität“ kommunaler Aufgaben.

Zum Beispiel: Rückläufige Auslastung sozialer und technischer Infrastruktur

Neben Anpassungsnotwendigkeiten aufgrund geringerer Auslastungen geht es zukünftig auch um andere Nutzungen bzw. veränderte Nutzungsansprüche, insbesondere der älter werdenden Nutzergruppen. Dies betrifft die Wohninfrastruktur, Verkehr, Mobilität bis hin zu Versorgung und Betreuung.

- Kurz- und mittelfristig wird der Bevölkerungsrückgang dabei noch erhöhte Kosten pro Kopf aufgrund bestehender Fixkosten bedeuten (Problem der sog. Kostenremanenz).
- Neben quantitativen Betrachtungen aufgrund abnehmender Bevölkerung ergeben sich neue Aufgaben durch die sich wandelnde Altersstruktur, die zum Teil gegenläufig wirken können.
- Ein Beispiel für kompensierende Effekte könnte der ÖPNV sein: Bei sinkender Bevölkerungszahl ist ceteris paribus grundsätzlich mit weniger Fahrgästen zu rechnen (insbesondere im Bereich der Schülerverkehre). Die Zunahme älterer Menschen und das Beibehalten des derzeitigen altersspezifischen Mobilitätsverhaltens könnten jedoch wiederum zu einer Zunahme der Fahrgäste führen (angepasste und attraktive Konzepte des ÖPNV vorausgesetzt).

Wie soll das Thema in den Kommunen aufgegriffen werden?

Jede Kommune muss individuelle Antworten finden, die Lösungen für die jeweiligen Probleme vor Ort bieten. Grundlage hierfür sind fundierte Bestandsaufnahmen und Analysen. Diese Analysen müssen mit den Akteuren erarbeitet oder zumindest mit ihnen diskutiert werden. Ziel muss es sein, durch Information, Sensibilisierung und Erfahrungsaustausch zu einer Verselbstständigung der Diskussion auf der kommunalen Ebene zu kommen.

¹ Anpassungsprobleme bei der Infrastruktur aufgrund demographischer Veränderungen resultieren häufig daraus, dass Einrichtungen bezüglich veränderter Nutzerzahlen bzw. Nachfrageänderungen in Gestalt neuer Nutzergruppen (Schlagwort „Alt statt Jung“) baulich oder organisatorisch vergleichsweise inflexibel sind, da sie auf bestimmte Kapazitäten (und nicht selten auf Zuwächse) ausgelegt sind.

2. Die wichtigsten kommunalen Handlungsfelder

Kommunen sind bei zahlreichen Aufgaben und Handlungsfeldern vom demographischen Wandel betroffen und dies in unterschiedlicher Weise und zu verschiedenen Zeitpunkten. Hierzu zählen (in grober Unterteilung)

- a) die Infrastruktureinrichtungen (in unterschiedlicher Trägerschaft) und
- b) die kommunalen Teilmärkte und Wirtschaftsstrukturen wie z.B. Wohnungsmarkt, Einzelhandel etc.

Insofern muss zu Beginn die Analyse („Demographie-Check“) der relevanten Handlungsfelder und ihrer „Demographie-Betroffenheit“ stehen.

Abb. 6: Handlungsfelder der Modellkommunen im MORO K.E.R.N.

Kommunales Handlungsfeld / Infrastruktureinrichtung	Relevante Daten / Indikatoren	
Bevölkerungsentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Natürl. Bevölk.-Entw. / Wanderungen ▪ Bevölk.-Struktur (Ausländer, ...) ▪ Altersklassen 	Grundlage der Handlungsfelder- / Szenariomatrix ist ein Mix aus <ul style="list-style-type: none"> ▪ soziodemographischen Basisdaten und ▪ kommunalen Handlungsfeldern und Infrastruktureinrichtungen.
Haushaltsentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zahl + Struktur Haushalte 	
Wohnungsmarkt / Wohnungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wohng.-Bestand und -Entw. ▪ Preise + Mieten ▪ Wohnungen für Ältere, junge Familien etc. 	
Erwerbstätigkeit / Beschäftigung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erwerbstätige, SVB ▪ Branchen, Strukturgewinner ▪ Arbeitslose, Sozialhilfe 	
Kommunalfinanzen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gestaltungsquote / Freie Finanzspitze 	
Soziale Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> ▪ KiGa, Schulen, Gesundheit, ... ▪ Einrichtungen + Treffpunkte für Ältere, Jugendliche, Kids etc. 	
Technische Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ver- und Entsorgung ▪ Straßennetz 	
Einzelhandel / Nahversorgung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Besatz, Versorgung Fläche, ▪ Kaufkraft, Zentralitäten etc. 	
Mobilität (Anbindung, Erreichbarkeit, ...)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ ÖPNV: Linien, Takt, Tarife ▪ Kfz-Besatz 	
Bürgerschaftliches Engagement (Vereine, Verbände)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anbieter, Träger, Strukturen ▪ Angebote + Ausstattung (haupt- + ehrenamtl. Personal) 	
... weitere	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	

→ Das „**Daten-Set Demographischer Wandel**“ mit ausführlicher Beschreibung der o.g. Handlungsfelder, Daten und Indikatoren sowie Verwendbarkeit und Quellen findet sich im Anhang III.

Abb. 7: Wohnen, Erwerbstätigkeit und Infrastrukturnutzung nach Altersklassen

Altersklasse (Jahre)	Wohnen (Familie, Haushalt)	Erwerbstätigkeit (Wirtschaft, Beschäftigung)	Zentrale Einrichtungen (Infrastruktur, Dienstleistungen)
Kinder / Jugendliche 0 – 17	Unselbständig im Elternhaushalt	Keine Erwerbstätigkeit	Kinderhort, Kindergarten, Grundschule, Sekundarstufe I, Freizeiteinrichtungen, Kinderarzt
Junioren 18 – 29	Beginn selbständige Haushaltsführung (Ein-, Mehrpersonenhaushalt)	Eintritt in die Erwerbstätigkeit (Übergangsphase)	Gymnasiale Oberstufe, berufl. Ausbildung, Hochschule, Konsum-, Freizeit-, Gesundheitseinrichtungen, Kinderbetreuung
Jüngere Mittelalte 30 – 44	Familienhaushalt mit jüngeren Kindern (Mehrpersonenhaushalt)	Vollzeit-, Teilzeitbeschäftigung (berufliche Entwicklung)	Weiterbildung, Konsum-, Freizeit-, Gesundheitseinrichtungen, Kinderbetreuung, Haushaltshilfe
Ältere Mittelalte 45 – 59	Familienhaushalt ohne / mit älteren Kindern (Zwei- / Mehrpersonenhaushalt)	Vollzeit-, Teilzeitbeschäftigung (berufliche Etablierung)	Weiterbildung, Konsum-, Freizeit-, Gesundheit, Haushaltshilfe
Senioren 60 – 74	Selbständiger Ein- / Zweipersonenhaushalt, Seniorenwohnhaus	Ausstieg aus Erwerbstätigkeit (Übergangsphase / Ehrenamt)	Konsum-, Bildungs-, Freizeit-, Gesundheit, Pflegedienst, Haushaltshilfe
Hochbetagte 75 und älter	Teilweise Verlust der Selbständigkeit (Ein-, Zweipersonenhaushalt, Heimhaushalt)	Keine Erwerbstätigkeit / Ehrenamt	Konsum-, Bildungs-, Freizeit-, Gesundheitseinrichtungen, Haushaltshilfe, Altenpflegedienst, Altenpflegeheim

Quelle: BBR-Modellvorhaben Südniedersachsen, modifiziert

Abb. 8: Branchenbezogene Potenziale der Alterung

K.E.R.N.

Branchen: Wer profitiert von der Alterung?

- Wohnungs- / haushaltsorientierte Dienste (einfach + hochwertig)
- Gesundheitswirtschaft / Medizintechnik / Life Sciences
- Lebensmittel + Kosmetik
- Bildung / Medien / Telekommunikation
- Freizeit / Tourismus / Kultur
- Sport / Fitness / Wellness
- Transport / Mobilität / Bringdienste
- Möbel, Haushaltswaren (Bedienung)
- Sicherheitsdienstleistungen
- Finanzdienstleistungen, Altersvorsorge
- Immobilienwirtschaft (regional diff.)
- ...

Die Alten werden reicher

Monatlich frei verfügbares Einkommen in den Industrieländern

Altersgruppe	Monatlich frei verfügbares Einkommen
unter 26	82
26-30	93
31-40	97
41-50	99
51-60	105
61-65	108
66-70	112
über 70	104

Quelle: Statista, Statens Centralbyrå 100 = Durchschnitt

Die Chancen des Alters für die Region –
 Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.

Quelle: CONVENT GmbH

3. Strategien im Wandel – was ist zu tun?

Die in Kapitel 1 genannten demographischen Trends betreffen im Prinzip alle Kommunen und Regionen Deutschlands, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Allerdings ergeben sich strategische Vorteile durch ein frühzeitiges Einstellen der Wirtschafts- und Infrastruktur und der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die demographischen Herausforderungen. Im Modellvorhaben K.E.R.N. sind dies in erster Linie die Potenziale des Alter(n)s sowie die auch wirtschaftlichen Chancen der zunehmenden Zahl älterer Menschen.

Wie bereits gesagt: **Es gibt keine Patentrezepte**, allerdings übertragbare Strategien und Instrumenten-Sets, die zu beachten und problem- bzw. aufgabenbezogen anzuwenden sind. Voraussetzung hierfür ist die Befassung der kommunalen Entscheidungsträger mit der Situation, um sich selbst ein Bild zu machen. Dies gilt sowohl für die zurückliegende Entwicklung, als auch für die Einschätzung zukünftiger Trends. Das Auseinandersetzen und der Erkenntnisgewinn stehen im Vordergrund. Hierzu liefert das Projekt „Modellkommunen / -regionen“ mit der Handlungsfelder- / Szenariomatrix eine **erprobte und übertragbare Vorgehensweise**, um tragfähige Entwicklungsperspektiven und Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten.

Die Handlungsfelder- / Szenariomatrix

Wesentliches Instrument ist die im Rahmen des MORO K.E.R.N. entwickelte Handlungsfelder- / Szenariomatrix (vgl. Abbildung auf der folgenden Seite). Die Matrix dient dazu, aufbauend auf die Ausgangssituation zunächst in einem **Trendszenario** erwartete demographisch bedingte Veränderungen (hier: bis 2015) zu formulieren und **Wirkungen** auf bzw. **Wirkungszusammenhänge** zwischen einzelne/n Handlungsfelder/n und Infrastruktureinrichtungen aufzuzeigen. Daraus können „Stellschrauben“ ermittelt werden, d.h. zentrale Einflussfaktoren, die heute kommunalpolitisch steuerbar sind, um zukünftig unerwünschte Effekte zu verhindern oder zumindest abzuschwächen.

Gleichzeitig zeigt die Matrix auf, wo noch **demographische Datengrundlagen** zu erarbeiten oder zu liefern sind. (Deutlich geworden ist im Arbeitskreis, dass nur wenige Basisdaten auf kleinräumiger Ebene vorliegen!)

Die Handlungsfelder- / Szenariomatrix ist wie folgt aufgebaut:

- Zeilen: Soziodemographische Basisdaten und kommunale Handlungsfelder / Infrastruktureinrichtungen.
- Spalten: Vorgehensweise und einzelne Schritte: Ausgangssituation, Trendszenario (incl. bereits laufender, jedoch ohne zusätzliche Maßnahmen), Problembeschreibung, Ziele und Handlungsstrategie.

Abb. 9: Die Handlungsfelder- / Szenariomatrix

	Handlungsfeld Indikator	Rückblick	Trend-Szenario	Problem-beschreibung	Ziele	Handlungsstrategie
Bevölkerung	Geburten					
	Sterbefälle					
	Nat. Bev. Entw.					
	Altenquotient					
	Jugendquotient					
	Zuzüge					
	Fortzüge					
	Wanderungs-saldo					
	Entw. der Ausländerz.					
	Bev. Saldo insges.					
Haus-halte	Zahl					
	Struktur					
Wohnen	Wohnungs-bestand					
	altengerechte Wohnungen					
	Senioren-residenzen					
Erwerbstätigkeit	Erwerbs-personen					
	Erwerbs-quote 50+					
	Erwerbs-quote Frauen					
	SVB					
	Arbeitslosen-quote					
	Sozialhilfe-quote					
Kommunal-finanzen	Gestaltungs-quote (oder freie Finanzspitze)					
Infra-struktur						

→ Die Matrix ist selbstverständlich je nach kommunaler Situation (vom Problemdruck bis zur Beschlusslage) der jeweiligen Kommune individuell zusammenzustellen!
(Vgl. „Die Vorbereitung“ in der Checkliste auf Seite 30.)

1. Schritt: Rückwirkende Betrachtung und Ausgangssituation

Zunächst ist eine **Positionsbestimmung** für die eigene Kommune oder Region vorzunehmen. Diese erfolgt in Form der rückwirkenden Betrachtung der **Entwicklung von 1990 bis 2003**. Zusätzlich zum ermittelten Entwicklungstrend (z.B. Zunahme oder Abnahme) spielt das jeweilige „Niveau“ eine Rolle, somit die absolute Zahl der Zu- und Abwanderungen, die Höhe des Ausländeranteils etc., auch im Vergleich zu Nachbarkommunen und vergleichbaren Konkurrenzstandorten.

Dabei sollten die einzelnen Indikatoren / Handlungsfelder möglichst realistisch dargestellt werden, mithin auf Basis **verfügbarer Daten**. Bevor jedoch aufwändige Datenrecherchen oder gar -erhebungen durchgeführt werden, ist es pragmatischer, zunächst die „demographie-betroffenen“ Handlungsfelder durch eigene Einschätzungen (ggf. unter Hinzuziehen der verwaltungsinternen Fachleute) zu identifizieren, und dann gezielt die prioritären Daten zu generieren. Die Beschaffung rückwirkender Daten ist über die Fachdienste (z.B. Melderegisterstellen) einer Kommune grundsätzlich möglich, jedoch unterschiedlich aufwändig.²

Die Entwicklungen können der Übersichtlichkeit halber mit Hilfe von Pfeilen dargestellt werden (siehe nachfolgende Abb. 10 und Hinweise). Sinnvoll ist eine Unterscheidung von Stagnation, starkem oder leichtem Wachstum bzw. starkem oder leichtem Rückgang. Die Steigung der Pfeile muss vorher definiert werden (Ab wann liegt eine starke bzw. weniger starke Zu- oder Abnahme vor?). Mögliche Definitionen, wie sie im AK Modellkommunen / -regionen verwendet wurden, sind in der nebenstehenden Abbildung dargestellt.

² Abhängig von der Größe einer Kommune, aber auch der „Kultur des Berichtswesens“ und dem Umgang mit statistischen Daten. Paragraph 45 c der Schleswig-Holsteinischen Gemeindeordnung bietet eine gute Übersicht des relevanten kommunalen Datenmaterials.

Abb. 10: Beispielhafte Darstellung für Einschätzungen der Entwicklung mittels Pfeilen

Bevölkerungsentwicklung / Wanderungen							
LH Kiel							
Jahr	Geburten	Sterbefälle	nat. Bev. Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Saldo gesamt
1990	2 746	3 187	- 441	17 491	14 679	2 812	2 371
⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮
2003	1 999	2 346	- 347	15 678	15 254	424	77
⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮
2015	↘	↑	↘	↗	↑	↘	↘

Quelle Geburten und Sterbefälle: Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein
 Quelle Zu- und Fortzüge: Einwohnermelderegister der Landeshauptstadt Kiel - Bürger- und Ordnungsamt

Hinweise zur Darstellung der Entwicklung durch Pfeile

Die Darstellung mittels Pfeilen beinhaltet gewisse Aussageunschärfen. Denn der Pfeil als Beschreibung der Entwicklung zwischen zwei Zeitpunkten (1990 bis 2003 bzw. 2003 bis 2015) müsste eigentlich sowohl die absolute Zunahme oder Abnahme (Saldo), aber auch den Trendverlauf darstellen (z.B. 1990 bis 1995 Abnahme, 1995 bis 2000 Zunahme, dann bis 2003 wieder Abnahme). Zudem müssen die Optionen → (unverändert), ↗ und ↑ (unterschiedlich starke Zunahme) sowie ↘ und ↓ (unterschiedlich starke Abnahme) genauer definiert werden.

Im AK Modellkommunen / -Regionen wurden folgende **Pfeildefinitionen** verwendet:

- = Wert bleibt nahezu unverändert. Die zu vergleichenden „Zeitpunkte“ („Durchschnittswerte“ der ersten und letzten drei Jahre des Zeitraums 1990 - 2003) weichen weniger als 5% voneinander ab.
- ↗ = Wert steigt. Dto. Abweichungen zwischen 5 und 25%.
- ↑ = Wert steigt stark. Dto. Abweichungen von mehr als 25%.
- ↘ = wie ↗, nur mit negativem Vorzeichen.
- ↓ = wie ↑, nur mit negativem Vorzeichen.

Die **Durchführung der dargestellten Berechnungen** ist mit Hilfe der im Anhang enthaltenen Excel-Abfrageschemata möglich, sofern die Datengrundlagen sowie Bearbeitungs-kapazitäten vorhanden sind. Ggf. sind die Datengrundlagen extern zu ermitteln bzw. auf-zubereiten (Statistikamt Nord bzw. Gutachter).³

³ Im AK Modellkommunen / -regionen hat CONVENT auf Grundlage der durch die beteiligten Kommunen / Regionen zur Verfügung gestellten Daten (Ausfüllen der Excel-Abfrageschemata) die Berechnungen durchge-führt und die Diagramme erstellt.

2. Schritt: Trendszenario

Im **Trendszenario** werden die erwarteten demographisch bedingten Veränderungen bis zum Zieljahr (hier 2015) formuliert – ebenfalls mit Hilfe von Pfeilen (wie im 1. Schritt).

Hierbei handelt es sich – da mit Ausnahme der Bevölkerungsentwicklung in der Regel keine Prognosen vorliegen – um Aussagen zu Entwicklungstendenzen bis 2015 (nicht jahresscharf und nicht quantifiziert). Als „qualitatives Szenario“ basieren die Aussagen insbesondere auf der Erfahrung und Einschätzung der Akteure und der daraus abgeleiteten Formulierung von spezifischen Annahmen.

Da die Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020 für die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein auf Basis der 10. KBV in Schleswig-Holstein nur bis auf die Kreisebene vorliegt, dient die Handlungsfelder- / Szenariomatrix zudem dazu, die **zukünftige Bevölkerungsentwicklung** mit Hilfe subjektiver Einschätzungen seitens der Projektbeteiligten zu beschreiben („wohin die Reise wahrscheinlich gehen wird“). Grundlage sind Annahmen zu zukünftigen Parametern, etwa zum Wanderungsverhalten, zu Haushaltsgrößen oder zu zukünftigen Baulandausweisungen. Falls quantitative Indikatoren vorhanden sind (z.B. Zahl der geplanten WE in einem B-Plan oder Haushaltsgrößen), können diese in das Szenario integriert werden.

Szenariovarianten

Zur Darstellung der Auswirkungen bei unterschiedlichen Entwicklungspfaden oder kommunalpolitischen Handlungsstrategien kann es sinnvoll sein, die angenommene demographische Situation sowie die Problembeschreibung neben dem „Trendszenario“ (Was ist bei Fortführung des Status quo zu erwarten?) in einem „**Alternativszenario**“ (Wo wollen wir hin?) darzustellen, ggf. mit weiteren Untervarianten „geringe Steuerung“ und „starke Steuerung“ o.ä.

Im AK Modellkommunen wurde aus Zeitgründen nicht explizit ein Alternativszenario erstellt. Allerdings wurden in der Diskussion zur Problembeschreibung eigentlich immer unterschiedliche Entwicklungspfade bzw. Handlungsoptionen mitdiskutiert.

Abb. 11: Trendszenario: Beispielhafte Darstellungsweise für subjektive Einschätzungen

Bevölkerungsentwicklung / Wanderungen							
LH Kiel							
Jahr	Geburten	Sterbefälle	nat. Bev. Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Saldo gesamt
1990	2 746	3 187	- 441	17 491	14 679	2 812	2 371
⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮
2003	1 999	2 346	- 347	15 678	15 254	424	77
⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮
2015	↘	↑	↘	↗	↑	↘	↘

Quelle Geburten und Sterbefälle: Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein
 Quelle Zu- und Fortzüge: Einwohnermelderegister der Landeshauptstadt Kiel - Bürger- und Ordnungsamt

Abb. 12: Schlüsselfaktoren im Wandel



→ **Tipp: Kleinräumige Bevölkerungsprognosen**

Die **Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020** für die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein liegen seit Frühjahr 2005 vor, auch für die K.E.R.N.-Region.

Weitere „Sonderauswertungen“, d. h. zum Beispiel kleinräumigere oder nach Altersklassen differenzierte Vorausberechnungen sind auf Wunsch und in Abstimmung mit dem Statistikamt Nord möglich. Diese „Sonderauswertungen“ sind in der Regel kostenpflichtig und – je nach Anforderung – vom Nutzer weiter technisch aufzubereiten.

Vgl. Anhang: Grundsätzliche Anforderungen und Möglichkeiten des Statistikamtes Nord.

Weitere Informationen erhalten Sie über:

- Statistikamt Nord, Herrn Hußing (Tel. 040 / 428 31 - 14 79)
- CONVENT GmbH, Herrn Fischer (Tel. 040 / 38 99 64 - 15)
- Innenministerium SH, Abt. Landesplanung (Frau Schuhoff, Tel. 0431 / 988 - 1836)

3. Schritt: Problembeschreibung

Aufbauend auf die Erarbeitung der Ausgangssituation (Entwicklung 1990 bis 2003) sowie der Zukunft (Trendszenario) geht es nunmehr darum, durch gemeinsame Einschätzung aller Indikatoren die wahrscheinlichen Auswirkungen in Form einer **Problembeschreibung** zu ermitteln. Diese umfasst

- wahrscheinliche / erwartete Konsequenzen für die einzelnen Infrastrukturbereiche bei Eintritt des Trendszenarios (zunächst nur qualitativ),
- mögliche Folgen für die Situation in der Stadt / Region insgesamt aufgrund von Wirkungszusammenhängen (z.B. Wirkungen auf andere Lebens- und Wirtschaftsbereiche, Flächenausweisung, Kommunalfinanzen etc.),
- erwartete Tragfähigkeitsprobleme bzw. „Knackpunkte“ (z.B. notwendige Mindestzahl von Nutzern zur Auslastung einzelner Infrastruktureinrichtungen, Anteile einzelner Altersgruppen, Kostengrenzen und Finanzierbarkeit etc.),
- mögliche Ursachen, die durch die Kommune, gemeinsam mit benachbarten Kommunen oder mit einzelnen Trägern der Infrastruktureinrichtung zu beeinflussen sind (vgl. die „Stellschrauben“ im 4. Schritt).



Impressionen aus dem Arbeitskreis Modellkommunen / -regionen

Beispiel: Problem sinkender Geburtenraten

Der für sich betrachtete Aspekt sinkender Geburtenraten in nahezu allen Kommunen führt

- zunächst zu rückläufiger Auslastung der altersgruppenbezogenen Infrastruktur (insbes. freiwerdende KiTa-Plätze) mit entsprechenden Anpassungsnotwendigkeiten sowie
- bei ausschließlicher Betrachtung einzelner Einrichtungen oder einzelner Kommunen in der Konsequenz zu einem Wettbewerb um Kinder.

Bei Betrachtung der kommunalen Verflechtungen anhand der Handlungsfelder- / Szenariomatrix wurde das Potenzial deutlich, je nach Zuzügen und der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Einrichtungen freiwerdende Plätze Nutzergruppen der Nachbarkommune zur Verfügung zu stellen.

Beispiel Nahversorgung

Die Nahversorgung gerät angesichts abnehmender Bevölkerungsstrukturen und geringerer Auslastungszahlen weiter unter Druck, insbesondere in ländlich geprägten Kommunen.

- Die Zunahme älterer Menschen bietet grundsätzlich neue Potenziale und Nachfragestrukturen.
- Gerade für ältere Menschen ist die Nahversorgung von großer Bedeutung, vor allem dann, wenn diese nicht mehr ausreichend mobil sind.

Seitens des Handels ist mittlerweile Nahversorgung durchaus wieder ein Thema ist. Neue Kleinflächenkonzepte mit Verkaufsflächen zwischen 150 und 300 qm bilden im Franchise-System die Chance, vor Ort die Nahversorgung zu stärken. Dabei ist es wichtig, den Bestand zu halten, d.h. zu verhindern, dass „der letzte Laden stirbt“. Einzugsgebiete zwischen 1.000 und 1.500 Einwohnern und eine verfügbare Kaufkraft von 1 bis 2 Mio. Euro bieten durchaus tragfähige Wettbewerbsbedingungen für diese Konzepte.

Hier bieten sich Handlungsfelder für die Kommunen, aktiv unterstützend einzugreifen.

4. Schritt: Ziel- und Strategiediskussion

Aufgrund der ersten drei Schritte ist deutlich geworden, „was auf uns zukommt“. Auf Basis dieser fundierten Einschätzung der demographischen Zukunft sind nunmehr die Ziele und die Handlungsstrategie zu formulieren.

Wurde die bisherige Diskussion weitgehend differenziert nach einzelnen Indikatoren / Handlungsfeldern geführt (entsprechend dem Aufbau der Matrix), sind bei der Zielformulierung sinnvollerweise „**Indikatoren übergreifende**“ **Ziele** zu formulieren, wie z.B. „Bevölkerung halten“, „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ oder „Potenziale älterer Menschen stärker berücksichtigen“. Diese Ziele sollten mit Beteiligung der lokalen / regionalen Akteure formuliert und abgestimmt werden (Workshop, Zukunftswerkstatt) und idealerweise auf bestehende Zielaussagen oder ein Leitbild aufsetzen.

Mit Blick auf diese Sensibilisierung der lokalen / regionalen Akteure ist neben der **internen Ziel- und Strategieentwicklung** auch eine **externe Kommunikationsstrategie** zu entwickeln, die die erarbeiteten Ziele, Strategien und Maßnahmen vermittelt.



Impressionen aus dem Arbeitskreis Modellkommunen / -regionen



Die Ziele sind in eine **Handlungsstrategie** umzusetzen, einschließlich konkreter Vorgaben, „bis wann“ und „mit wem“ die Ziele erreicht werden sollen. (Hierzu zählt dann auch ein entsprechendes Controlling.) Der Strategie muss ein gewünschtes zukünftiges „**kommunales Profil**“ zugrunde liegen, das sich – etwas verkürzt – zusammen setzt aus

- notwendigen Anforderungen an die Infrastruktur wie Familienfreundlichkeit, Flexibilität etc., die derzeit auf der kommunalpolitischen Tagesordnung stehen und somit quasi die „Basics“ oder „Hausaufgaben“ darstellen,
- individuellen Standortstärken und Lebensqualitäten im Sinne von Alleinstellungsmerkmalen, die letztlich das kommunale Profil ausmachen und im Standortwettbewerb zählen.

Zum Erreichen der Ziele sind zudem die jeweiligen „**Stellschrauben**“ zu ermitteln: Wo kann auf der kommunalen / regionalen Ebene am effizientesten (gegen)gesteuert werden, um die Gesamtentwicklung in eine zukunftsfähige Richtung zu steuern? Dabei sind in der Regel ebenfalls die verschiedenen Handlungsfelder in einem „Mix“ betroffen.

Beispiel für Ziele, Handlungsstrategie und Stellschrauben

Wanderungen sind angesichts nur mittelfristig beeinflussbarer Geburtenraten eine wichtige Größe im demographischen Wandel. Die „kommunale Erfolgsbilanz“ hängt von Wanderungsbilanzen und der „Struktur“ (v.a. dem Einkommen) der Zu- und Abwanderer ab. Zu- und Abwanderungen bestimmen darüber hinaus entscheidend das Profil einer Kommune sowie darauf aufbauende Aktivitäten des Stadtmarketing (Zielgruppen), der Neubürgeransprache, des Wohnungsbaus etc.


Für das **Ziel „Bevölkerung halten“** sind die **Stellschrauben** im Wesentlichen die Push- und Pull-Faktoren für Wanderungen, wobei durch die Erhöhung des Anteils von Familien mit Kindern oder Frauen / Familien / Paaren, die Kinder bekommen möchten, zudem eine Verjüngung der Bevölkerung möglich ist. Die **Handlungsstrategie** konzentriert sich entsprechend darauf, die Attraktivität zu erhöhen, um die Abwanderungen zu minimieren bzw. neue Zuzüge zu generieren. **Stellschrauben** hierfür sind (unter anderem):

- Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze
- Vorausschauende Infrastrukturpolitik
- Förderung des regionalen Bewusstseins

Abb. 13: Erfolgsfaktoren für gute Konzepte



TECHNOLOGIE REGION
K·E·R·N
Kommunale Erfolgsbilanz




MORO

Erfolgsfaktoren für gute Konzepte

- Wissen, was auf uns zukommt (vorausschauende Politik)
>> Sensibilisierung für demographische Facts
- **Doppelstrategie 1:** Anpassung der Infrastruktur / Daseinsvorsorge und aktives Gegensteuern / Beeinflussung der Rahmenbedingungen
- **Doppelstrategie 2:** Das eine tun (Kinder- und Familienförderung), das andere nicht lassen (Potenziale des Alter(n)s)
- Langfristiges Konzept, aber zeitnahe Umsetzung Schlüsselthemen
>> ressortübergreifend + querschnittsorientiert
>> Prioritäten, ausreichende finanzielle Ausstattung für Umsetzung
- Stärken der Kommune in der Region verankern
>> Zukunftsfähiges Portfolio an Standortfaktoren + Infrastruktur



CONVENT
Planning and Real Estate Group



Beirat
für Raumordnung und
Raumentwicklung

Lebensqualität ein Leben lang – Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.

Abb. 14: Ausgefüllte Handlungsfelder- / Szenariomatrix

Kommunales Handlungsfeld / Infrastruktureinrichtung	Ausgangssituation Entwicklung 1988 - 2003 Vorhandl. Daten / Indikatoren			Szenario 1 (Trendszenario): Demograph. bedingte Veränderungen bis 2015 (und vorhergehende Quoten)			Problembeschreibung	Ziele	Handlungsstrategie (Wo, wo, wann, von wem, gegenwärtig?)
	Bü	KI	BL	Bü	KI	BL			
Geburten	↓	↓	↓	↓	↓	↓	Weniger Kinder Fräi Lita-Platte (aber: Entw. Umland)	Erhalten besserer Flächen für die Bevölkerung Spielplätze Kinder Landschaftspolize für Senioren Vorantstehende Infrastruktur-/ Flächenpolitik	Philosophie „Mit“ kommunaler Politik Seniorenpolitik „für“ Betreuungssituation verbessern Infrastruktur flexibel / intergenerativ ausrichten → Nutzung / Freigabe Infrastruktur in Zusammenarbeit - Planung (Senioren) - werten - finanzieren
Sterbefälle	→	→	→	→	→	→	Wettseurbum Kinder	Regionales Bewusstsein fördern - Stärken des Nachsomm mit einbeziehen - gleiche Sprache - gemeins. Verständnis Bei Kooperationen Freiheitsgrade berücksichtigen	Kommunale Projekte in der Region a) „interne“ Strategie (was tun?) b) Kommunikationsstrategie (wie was ansprechen?) c) Basis/Anlaufstellen d) Alleinstellungsmerkmale
Natürliche Bevölk. entw.	↓	↓	↓	↓	↓	↓		Umwangsmotiv berücksichtigen - Arbeitsplätze - Wohnwinke - Familien	von Koordination abgegrenzen
Altenquotient	↑	↑	↑	↑	↑	↑		Informationsbank - Wie kommt Wissen? - Motive für Lernprozesse	b) Bevölkerung halten c) Zuwäge fördern d) Verjüngern
Jugendquotient	↓	↓	↓	↓	↓	↓		Integration (von beiden Seiten) → Besseres ermög.	→ Arbeitsplätze als wesentl. Faktor
Zuzüge	↑	↑	↑	↑	↑	↑	„Dorf“ Struktur - Arbeitsplätze - Kaufkraft → Wer kommt? - Steuern - Rücklagen - Infrastruktur - Inhaltlicher Austausch - Wohn/Lebensqualität		→ Arbeitsplätze als wesentl. Faktor
Fortzüge	↑	↑	↑	↑	↑	↑	Arbeitskräfte mangel - Sozialstruktur - Kaufkraftverluste → Wer zieht weg?		
Wanderungssaldo	↑	↑	↑	↑	↑	↑	Komm. Finanzen (Steuern + Beiträge zw.) - Infrastrukturkosten → Remanenz effekte - Selektivhandlungsmaßnahmen - Arbeitskräftepotential		
Ausländer	↑	↑	↑	↑	↑	↑	vormittelt (alltags) - Sprachbarrieren - Gesundheit - kulturelle Unterschiede		Qualitäten angepasster Infrastruktur vermitteln - Mehrfachnutzung - Zellanpassung - Standards übertragen - Outsourcing
Bevölk. entw. insgesamt	→	→	→	→	→	→			
Zahl	↑	↑	↑	↑	↑	↑	→ Nachfrage Wohnmarkt		
Struktur (Anteil EPH)	↑	↑	↑	↑	↑	↑	→ Vereinbarkeit → Lebensstile → Wohnraumpotential		→ Angebote für Beteiligung

Dieses Foto dokumentiert den Diskussionsstand zum Ende des Arbeitskreises. Die Zunahme der Kärtchen in den rechten Spalten zeigt die Vielzahl der erwarteten Probleme, aber auch die zahlreichen Optionen der Handlungsstrategie. Die Handlungsfelder- / Szenariomatrix stößt hier an ihre Grenzen. An ihre Stelle tritt die sogenannte „Diffusionsmatrix“ (vgl. die folgenden Ausführungen).

Die Handlungsstrategie: Anpassen und Gegensteuern

Eine **grundlegende Frage**, die in kommunalen Diskussionen immer wieder gestellt wird, ist, ob der demographische Wandel insgesamt aktiv zu beeinflussen ist oder ob lediglich auf die Veränderungen reagiert werden kann. Nimmt man die demographische Entwicklung als gegeben hin und konzentriert man sich auf die Lösung aufkommender Probleme, insbesondere die Anpassung der Infrastruktur? Oder versucht man alternativ, den Wandel langfristig zu beeinflussen, indem z.B. Maßnahmen ergriffen werden, um die Nutzerzahl durch Zuzüge oder die Steigerung der Geburtenrate zu erhöhen? Letztlich wird eine „**Doppelstrategie**“ notwendig sein.

Eine Handlungsstrategie kann grundsätzlich auch die **Entkopplung der Infrastruktur vom quantitativen Wachstum** sein. Öffentliche Daseinsvorsorge muss somit angesichts bestehender Wettbewerbsbedingungen neu definiert werden. Die Anpassung der Infrastruktur bietet gleichzeitig Chancen zur Modernisierung einzelner Einrichtungen und Angebote (z.B. durch verbessertes Management und erhöhte Auslastung, angepasste Nutzerzeiten, Outsourcing von Teilleistungen etc.) sowie zur Schaffung neuer qualitativer Standards, auch wenn rein quantitativ der „Versorgungsgrad“ oder die Erreichbarkeit abnimmt. Notwendig ist die **Prüfung des Demographie-Bezugs** der jeweiligen Infrastruktureinrichtung; die demographisch bedingten Veränderungen lauten schlagwortartig formuliert „weniger“ (Volumen, z.B. Einwohnerzahl) und „anders“ (Nachfragestruktur, z.B. Altersklassen, aber auch sozioökonomische Faktoren), wobei mit „anders“ auch ein „Mehr“ (z.B. die zunehmende Zahl älterer Menschen) verbunden sein kann. Wichtig ist in der Umsetzung, die Infrastruktur im Rahmen der Anpassung zu qualifizieren.

Zu berücksichtigen ist mit Blick auf die Ausgangssituation, dass die Realisierung neuer Infrastruktureinrichtungen bislang nicht ausschließlich von Bedarfsplanungen abhängig gemacht, sondern häufig auch durch Förderprogramme angestoßen wurde. Dies hat teilweise zu einem tendenziellen „Überangebot“ an Infrastruktureinrichtungen geführt, das durch die demographische Entwicklung weiter verschärft wird. Eine Flexibilisierung der Infrastruktureinrichtungen (z.B. durch sog. „Zeltstrukturen“⁴) könnte ein Ansatz sein, mit den Auswirkungen bestehender Veränderungen aktiv umzugehen. Die grundlegenden Optionen der Infrastrukturanpassung und die „**Anpassungsflexibilität**“ **kommunaler Aufgaben** müssen dabei nach verschiedenen Kriterien bzw. „Filtern“ selektiert werden.

→ **Tipp zum Weiterlesen:**

- Broschüre „Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel“ des BMVBW / BBR 2005 mit zahlreichen Beispielen.

⁴ Mit „Zeltstrukturen“ sind Infrastruktureinrichtungen gemeint, die aufgrund flexibler baulicher und organisatorischer Strukturen schnell aufgebaut und schnell abgebaut bzw. neuen Gegebenheiten / Nutzerstrukturen angepasst werden können. Mögliche Beispiele sind: „Küchen in Schulgebäuden“: Hier bieten sich Möglichkeiten für Kosteneinsparungen und flexiblere Anpassung durch Outsourcing an externe Betreiber. „Bodenbeläge in Sporthallen“: Spezialbodenbeläge für bestimmte Sportarten sollten durch resistenterere Mehrzweckböden ersetzt werden, die z.B. auch Skaten und andere Trendsportarten ermöglichen.

Ergebnis: Die „Diffusionsmatrix“

In den bisherigen Arbeitsschritten wurden die **komplexen Wirkungszusammenhänge und Problembeschreibungen** der unterschiedlichen Handlungsfelder dargestellt. Dabei ist deutlich geworden, dass Ziele und Strategien Handlungsfelder übergreifend formuliert werden müssen. Es gibt zudem bei der Bevölkerungsentwicklung nur wenige „Stellschrauben“, die mittelfristig durch die Kommunen beeinflusst werden können. So sind etwa Wanderungssaldo, Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, Gesamtbevölkerungssaldo und Alten- und Jugendquotient reine Berechnungsgrößen. Eine Beeinflussung der Geburten und Sterbefälle ist nur langfristig möglich und zudem abhängig von persönlichen Verhaltensmustern und Einstellungen.

Welche Ursachen und „Stellschrauben“ sind durch die Kommune, ggf. gemeinsam mit benachbarten Kommunen oder einzelnen Trägern der Infrastruktureinrichtung zu beeinflussen?

Um die Wirkungszusammenhänge modellhaft darzustellen und die relevanten Indikatoren und Handlungsfelder („Stellschrauben“) zu identifizieren, wurde die Darstellungsform einer „**Diffusionsmatrix**“ (vgl. nachfolgende Abbildung) gewählt. Zwei modellhafte Schritte sind dargestellt:

- In einem 1. Schritt erfolgt die „lineare“ (von links nach rechts) Erarbeitung von Rückblick und Trendszenario, Problembeschreibung und Zielen anhand einzelner Indikatoren und Handlungsfelder. (Dies entspricht den Arbeitsschritten 1 bis 4.)
- In einem 2. Schritt erfolgt die Umsetzung der formulierten Handlungsstrategie, dann jedoch als Handlungsfelder übergreifende „Diffusion“ (Verbreitung) der Handlungsstrategie auf mehrere relevante Indikatoren und Handlungsfelder („Stellschrauben“), da die alleinige Betrachtung des ursprünglichen Handlungsfeldes nicht sinnvoll ist.

Beispiel „Potenziale älterer Menschen nutzen“ (Erläuterung der Diffusionsmatrix)

Die Diffusionsmatrix zeigt zunächst die aus dem Altenquotienten gewonnene Erkenntnis zu Umfang und Trends der Alterung. Will man wie die K.E.R.N.-Region die Potenziale älterer Menschen nutzen, sind beispielweise zu berücksichtigen und zu beeinflussen:

- das Wanderungsverhalten und die Umzugsmotive,
- Schaffung von Wohnformen für ältere Menschen mit entsprechenden Dienstleistungsangeboten für mehr Lebensqualität im Alter,
- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer,
- als wirtschaftspolitische Strategie der Aufbau eines „Kompetenznetzwerkes Seniorenwirtschaft“.

Abb. 15: Diffusionsmatrix

	Handlungsfeld Indikator	Rückblick	Trend- Szenario	Problem- beschreibung	Ziele	Handlungsstrategie
Bevölkerung	Geburten					
	Sterbefälle					
	Nat. Bev. Entw.			Rechengröße		
	Altenquotient			Rechengröße		
	Jugendquotient			Rechengröße		
	Zuzüge				Zuzüge fördern	
	Fortzüge				Umzugsmotive berücksichtigen	
	Wanderungs- saldo			Rechengröße		
	Entw. der Aus- länderz.					
	Bev. Saldo insges.			Rechengröße		
Haus- halte						
Wohnen					Wohnformen für ältere Menschen	
Erwerbstätigkeit					Erwerbsbeteiligung erhöhen	
Wirtschafts- struktur	Produkte und Dienstleistungen für mehr Lebensqualität im Alter				Kompetenznetzwerk Seniorenwirtschaft	

Vorgehen Diffusionsmatrix:

- 1. Schritt:** Ziel- / Strategieentwicklung zunächst linear ausgehend von einzelnen Handlungsfeldern / Indikatoren.
- 2. Schritt:** Umsetzung der Handlungsfelder übergreifenden Strategie in mehreren, relevanten Handlungsfeldern

Die Checkliste im Überblick

Strategien im Wandel – Was ist zu tun?

Die Vorbereitung

- Problemdruck („Womit müssen wir uns beschäftigen?“)
 - Relevante Handlungsfelder / Infrastruktureinrichtungen
- Kommunalpolitische Beschlusslage und Sensibilisierung
- Vorliegende Daten und Bewertungskriterien
- **Zusammenstellen Handlungsfelder- / Szenariomatrix**

1. Schritt : Entwicklung Vergangenheit / Ausgangssituation Gegenwart darstellen auf Basis ausgewählter verfügbarer Indikatoren

- Daten-Set Status quo 1990 – 2003 / 2004 (= bisherige Entwicklung)

2.Schritt: Trendszenario

Wahrscheinliche Entwicklung in der Zukunft darstellen (= erwarteter Trend)

- Als fundierte Einschätzungen („Pfeildarstellung“)
- Gestützt / ergänzt um verfügbare Prognose und Gutachten

3. Schritt: Problembeschreibung (ggf. in Szenariovarianten)

- Wahrscheinliche / erwartete Konsequenzen für die einzelnen Infrastrukturbereiche bei Eintritt der o.g. Szenariovarianten beschreiben (zunächst nur qualitativ)
- Mögliche Folgen für die Situation in der Stadt / Region insgesamt skizzieren (z.B. Wirkungen auf andere Lebens- und Wirtschaftsbereiche, Flächenausweisung etc.)
- Tragfähigkeiten / „Knackpunkte“ darstellen (z.B. Mindestbevölkerung, Anteile Altersgruppen, Finanzierbarkeit etc.)
- Modellannahmen der Szenariovarianten festlegen: z.B. „Alternativszenario“ (Wo wollen wir hin?), ggf. mit Untervarianten „geringe Steuerung“ und „starke Steuerung“ o. ä.

4. Schritt: Ziele und Handlungsstrategie ableiten

- Handlungsfeld übergreifende Ziele formulieren → Leitbild?
- „Stellschrauben“ / Schlüsselfaktoren für Infrastrukturanpassung benennen
„Wo kann auf der kommunalen / regionalen Ebene am effizientesten (gegen)gesteuert werden, um die Gesamtentwicklung in eine zukunftsfähige Richtung zu steuern?“
- Handlungsstrategie und Maßnahmen ableiten
„Wo muss wann gegengesteuert werden? Und von wem?“
„Wo muss flankierend gehandelt werden (Land, Bund, EU, ???)“?

→ „Diffusionsmatrix“

- Laufendes Monitoring installieren
- Tatsächliche Entwicklung mit erwarteter Entwicklung (Szenarien) abgleichen
- Wirksamkeit des Handlungskonzeptes und der „Stellschrauben“ laufend überprüfen

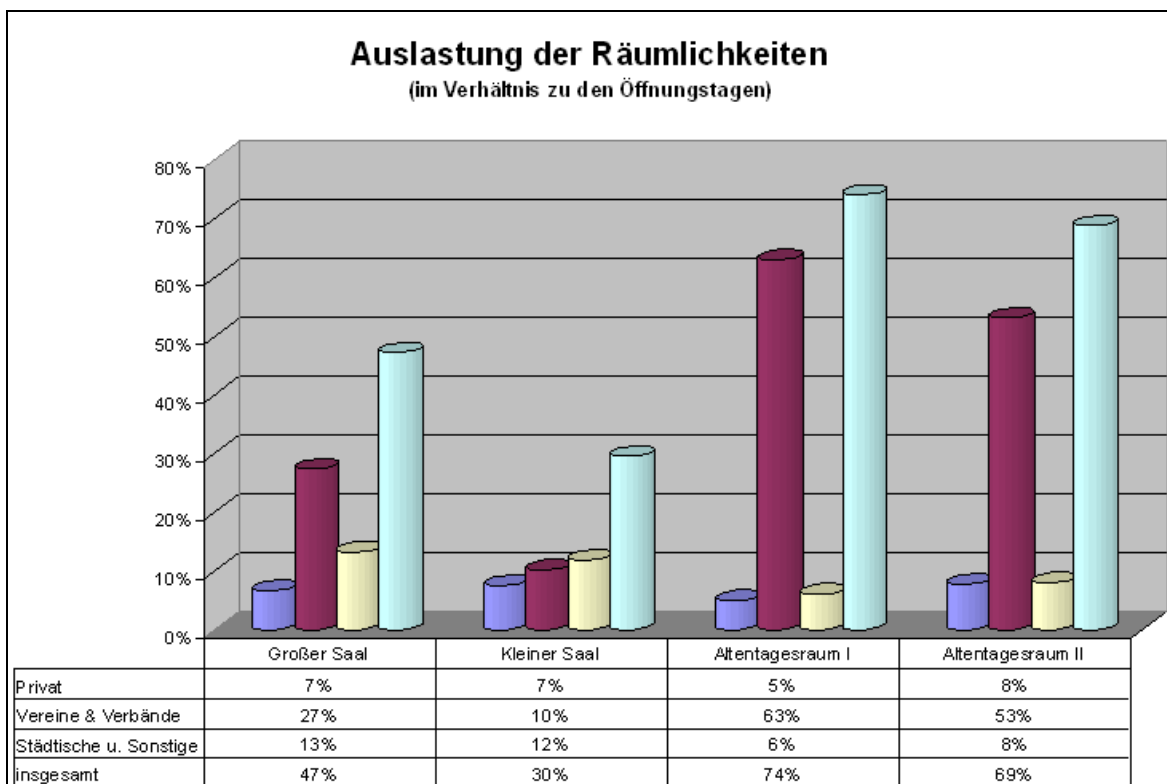
4. Best Practices der beteiligten Kommunen / Regionen⁵

Stadt Büdelsdorf:

Vom städtischen Bürgerhaus zum interkommunalen Lernzentrum

Das Büdelsdorfer Bürgerhaus (1984 eröffnet) war in der Vergangenheit eine städtische Einrichtung mit einer geschlossenen bzw. halboffenen Angebotsform und überwiegend örtlichem Focus. Altenbegegnungen in entsprechenden Räumlichkeiten, Familienfeste aller Art im großen und / oder kleinen Saal, vereinzelte kulturelle Veranstaltungen sowie die Jugendarbeit im Kellergeschoss waren die Schwerpunkte der Nutzung.

In den letzten Jahren ist die Auslastung der Räumlichkeiten insbesondere in den Sälen drastisch zurückgegangen, was nicht zuletzt auch an demographisch bedingten Veränderungen (fast 33 % der Bevölkerung in Büdelsdorf sind heute schon 60 Jahre und älter), damit einhergehenden Verhaltensveränderungen der Menschen, aber auch dadurch bedingten strukturellen Veränderungen in den Vereinen und Verbänden liegt. Problematisch waren somit nicht nur die steigenden Defizite, sondern insbesondere der hohe Leerstand. Das Bürgerhaus war zwischenzeitlich ein Haus geworden, das den sich ändernden Bedürfnissen einer sich zumindest in der Struktur wandelnden Bevölkerung nicht mehr gerecht wurde.



⁵ Die Texte der Best Practices stammen von den AK-Mitgliedern.

Die Stadt hat daraufhin im Laufe des Jahres 2005 gemeinsam mit den bisherigen Hauptnutzern ein **Entwicklungskonzept für das Bürgerhaus** erarbeitet und setzt dieses ab 01.01.2006 um:

- Ziel ist es, ein Haus mit offenen, integrativen sowie generationsverbindenden Lern- und Angebotsformen zu schaffen.
- Getragen von den **vier Säulen „Begegnung und Kommunikation“, „Bildung und Kultur“, „bürgerschaftliches Engagement“** sowie „**Integration und Barriereabbau**“ soll die Qualität unter Wahrung bewährter bisheriger Angebotsstrukturen deutlich gesteigert und von einer örtlichen auf eine regionale Ebene angehoben werden.
- Das Management wird durch die Übertragung der Betriebsträgerschaft auf die Volkshochschule Rendsburger Ring e.V. professionalisiert.
- Das Defizit wurde kurz- bzw. mittelfristig durch steigende Nutzungen gesenkt, zumindest aber durch vertraglich geregelte städtische Betriebskostenzuschüsse in einem gewissen Rahmen flexibilisiert.

Das Bürgerhaus wird somit zukünftig zu einem offenen Haus der Generationen, in dem das Lernen in vielfältiger Weise ein Schwerpunkt menschlicher Begegnung sein wird.

Das Bürgerhaus heute	Das Bürgerhaus 2006 (Neues Konzept = Entwicklungskonzept)
Trägerschaft: Stadt Büdelsdorf	Trägerschaft: Trägerverein als ideeller Träger
Management: - / - (Verwaltung)	Management: VHS Rendsburger Ring e.V.
Finanzierung: Defizitabdeckung (Kostenrechnende Einrichtung innerhalb des städtischen Haushaltes)	Finanzierung: Zuschussfinanzierung (vertraglich geregeltes Budget, das dem Trägerverein von der Stadt Büdelsdorf zur Verfügung gestellt wird)
Angebotskonzept: - geschlossene bzw. halboffene Angebotsformen - überwiegend örtlicher Fokus	Angebotskonzept: - offene, integrative sowie generationenverbindende Lern- und Angebotsformen - Ausrichtung der Angebotsstruktur auf die Säulen / Themenfelder: 1. „Begegnung und Kommunikation“ 2. „Bildung und Kultur“ 3. „Bürgerschaftliches Engagement“ 4. „Integration und Barriereabbau“ - Nutzung von Synergieeffekten zur Entwicklung neuer Angebote - regionaler Fokus
Angebote: - Altenbegegnungsstätte - Vermietung an Private - Jugendzentrum - vereinzelt kulturelle Veranstaltungen	Angebote: - Altenbegegnungsstätte - Vermietung an Private - Jugendzentrum - regelmäßige kulturelle Veranstaltungen - Durchführung regionaler Veranstaltungen - VHS-Kurse und Veranstaltungen - Bürgercafé - Bildungsangebote (z.B. Bildungsladen) - Arbeitsfindungsprojekte (Suchwerkstatt) - Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (z.B. Freiwilligen Akademie) - Dienstleistungen für Vereine - Projekte zu kommunalen Themen, wie z.B. Gewaltprävention - ...und weitere Angebote, die es <u>gemeinsam mit den Nutzern</u> zu entwickeln gilt

Barkauer Land:

Wohnortnahe Grundversorgung am Beispiel des MarktTreffs Kirchbarkau

Wie überall im ländlichen Raum hat sich auch im Barkauer Land seit den 1970er Jahren die wohnortnahe privatwirtschaftlich organisierte Grundversorgung laufend verschlechtert. Diese Verschlechterung erfolgte nicht unbemerkt und schleichend, sondern ist wegen der konkreten Auswirkungen auf den Einzelnen sehr bewusst wahrgenommen worden. Sie traf die Gastwirtschaft im Dorf als soziale Einrichtung mit Treffpunktfunktion ebenso wie den Einzelhandel, die Banken und Sparkassen, das Kleingewerbe und Handwerk. Lediglich im Bereich der Gastwirtschaften wurde mit den Dorfgemeinschaftshäusern versucht, Ersatz zu schaffen.

Erstaunlich ist aber, dass aus dieser Verschlechterung resultierende Auswirkungen auf die demographische Entwicklung nicht wahrnehmbar sind. Im Gegenteil, das Barkauer Land verzeichnete gleichwohl deutliche Wanderungsgewinne. Seit 1990, als der Wandel in der privaten Infrastruktur bereits weitgehend abgeschlossen war, stieg die Einwohnerzahl immerhin um 15,9 %. Der Zuwachs erfolgte in allen Altersklassen, also auch bei den Senioren und Hochbetagten, von denen man glauben könnte, dass sie in besonderer Weise auf derartige wohnortnahe Infrastruktur angewiesen sind. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich zumindest Zweifel, ob zwischen wohnortnaher Grundversorgung im ländlichen Raum und demographischer Entwicklung eine so enge Kopplung besteht, dass unmittelbare gleichgerichtete Wirkungen zwischen diesen beiden Komponenten bestehen.

Aus der Beobachtung des Projektes der (erfolgreichen) Errichtung eines MarktTreffs in Kirchbarkau zur Verbesserung der wohnortnahen Grundversorgung seit 2001 lässt sich ein anderes Fazit ziehen: Zwischen wohnortnaher Grundversorgung und wahrgenommener Lebensqualität besteht eine enge Kopplung, die in dieser Form zur Demographie bezweifelt werden muss. Diese Verbesserung der Lebensqualität wurde nicht, wie so oft in solchen Fällen, stillschweigend und als selbstverständlich hingenommen, sondern zwischen den Beteiligten als positive Veränderung kommuniziert.

Dabei liegen die positiven Aspekte zwar auch in der Verbesserung der Versorgungssituation, aber viel stärker in der Funktion des MarktTreffs als Einrichtung der sozialen Gemeinschaft. Die bewusst wahrgenommene und kommunizierte erhöhte Lebensqualität ist ein entscheidender Erfolgsfaktor für den MarktTreff Kirchbarkau. Er ist so stark, dass er zum Teil rationale Aspekte wie Kosten/Nutzen-Relationen überlagern kann. Was noch wichtiger ist, er gibt Hoffnung, dass das Projekt nachhaltig begründet worden ist.

Weitere **Erfolgsfaktoren** sind:

- **Privat-Öffentliche Partnerschaft**

Das Land unterstützt die Idee der MarktTreffs strategisch und hat die Neuerrichtung des MarktTreffs in Kirchbarkau gefördert. Die Gemeinde hat eine ausreichende Anschubfinanzierung geleistet, setzt im Übrigen aber auf die Eigenverantwortung des Betreibers. Darüber hinaus unterstützt sie den Betreiber ideell. Der Betreiber ist überdurchschnittlich engagiert, kreativ und unterstützt die Trefffunktion.

- **Identifikation der Einwohner mit dem MarktTreff**

Die wesentliche identitätsfördernde Maßnahme war die Durchführung einer Zukunftskonferenz in Kirchbarkau zu der Errichtung des MarktTreffs zu einem Zeitpunkt, als die Idee nicht mehr realisierbar erschien. Die Einwohnerinnen und Einwohner wurden damit zu den „Rettern des MarktTreffs“.

- **Regionale Einbindung**

Das zum Zeitpunkt der Errichtung des MarktTreffs im Rahmen einer Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse bereits entwickelte regionale Bewusstsein im Barkauer Land hat die Identifikation mit dem MarktTreff über Gemeindegrenzen hinweg ermöglicht. Bei den durch Gemeinden, Vereine und Verbände organisierten Hol- und Bringdiensten aus den Regionsgemeinden ist interessant, dass die Organisation gemeinschaftlicher Fahrten zum MarktTreff erfolgreicher war als durch den Betreiber angebotene individuelle Hol- und Bringdienste. Auch hier scheint das Gemeinschaftserlebnis attraktiver zu sein als die eigentliche Dienstleistung.

Aus den Erfahrungen, die im Zusammenhang mit der Errichtung des MarktTreffs Kirchbarkau gewonnen wurden, sind in Bezug auf das Thema „demographische Veränderung“ folgende Erkenntnisse verallgemeinerungsfähig:

- Wenn Kommunen zukünftig handeln, sollten sie **nicht für andere, sondern mit anderen handeln**. Indem den Betroffenen eine Beteiligung, vielleicht sogar selbstverantwortliche Erfüllung der eigenen Wünsche ermöglicht wird, werden vorhandene Energien genutzt statt neue Energien bereitzustellen.
- Durch **Kooperationen** zwischen Trägern öffentlicher Aufgaben und Privaten sowie zwischen Trägern öffentlicher Aufgaben untereinander können verbesserte Grundlagen für wirksame Lösungen im kommunalen Bereich geschaffen werden.
- Bei der Bewältigung der Zukunftsprobleme unter den gegenwärtigen Herausforderungen ist es nicht sinnvoll, überwiegend und **schon gar nicht allein auf Rationalität zu setzen**. Nicht alles, was gezählt werden kann, zählt, und nicht alles was zählt, kann gezählt werden.⁶ (Jedenfalls lässt sich der Erfolg des MarktTreffs in Kirchbarkau mit rationalen Schlussfolgerungen nicht einmal annähernd begründen.)

⁶ So zumindest Einstein ...

Landeshauptstadt Kiel: Zukunftsdialog zum demographischen Wandel

Im August 2004 beauftragte die Kieler Ratsversammlung die Verwaltung, „eine Fachkonferenz zur demographischen Entwicklung in der Stadt Kiel durchzuführen“. Inhalt der Veranstaltung, so der Beschluss, sollte eine Erörterung der zu erwartenden Entwicklungen sein, unter besonderer Berücksichtigung

- der Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Senioren,
- der Migration in der Stadt,
- der kommunalen Infrastrukturen und
- der kommunalen Wirtschaftspolitik.

Seit Januar 2005 organisiert die Landeshauptstadt Kiel nunmehr in Form von „Kieler Demografiekonferenzen“ einen Zukunftsdialog, an dem Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände, Wirtschaft und Wissenschaft sowie Behörden und Einrichtungen teilnehmen. Ziel ist, gesellschaftliche Sensibilität für das Thema zu schaffen sowie Perspektiven und Orientierung für das zukünftige „Leben in der Stadt“ zu formen.

Den mit der Durchführung des Ratsbeschlusses beauftragten Mitgliedern der Verwaltung wurde zunächst schnell klar, dass eine einzelne Konferenz dem Thema nur unzureichend gerecht werden und folglich nur der Anfang eines umfangreichen Zukunftsdialoges sein konnte.

Welche Bereiche sind die wesentlichen Themenblöcke und welche Fragestellungen sind Querschnittsfragen?

Wie können die unterschiedlichen Fragestellungen zueinander in Beziehung gesetzt werden?

Auf diese Fragen wurde in einer unter Federführung des Sozialdezernates zusammengestellten fach- und dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe die nachfolgende Antwort entwickelt (siehe Schaubild 1):

Schaubild 1



Das Projekt „Kieler Demografiekonferenzen“ war aus der Taufe gehoben. Den drei Schwerpunktbereichen (Säulen) wurden als wesentliche Querschnittsthemen

- Frauen und Geschlechtergerechtigkeit
- Migration und Integration
- zukünftige Infrastrukturen

zugeordnet.

Folgende Veranstaltungen sind bislang durchgeführt worden:

- Auftaktveranstaltung „Kieler Demografiekonferenzen“ (26. Januar 2005)
- 2. Kieler Demografiekonferenz „Kommunale Lebenswelten im Wandel: Älter werden in der Zukunft“ (8. Juni 2005)
- 3. Kieler Demografiekonferenz „Familienfreundlichkeit als Strategie: Ein Kieler Bündnis für Familien“ (16. Januar 2006)

Die Dokumentationen der „Kieler Demografiekonferenzen“ können im Internet unter www.kiel.de/ >>> „Kiel sozial“ aufgerufen werden.

Die **Kieler Strategie der zwei Wege**, einerseits den ungünstigen demographischen Trend zu bremsen und umzukehren und andererseits die negativen Effekte des demographischen Wandels abzufedern (siehe die nachfolgenden Schaubilder 2 bis 4) steht als Beteiligungsprozess nicht isoliert von anderen laufenden Beteiligungsprozessen der Landeshauptstadt Kiel (siehe Schaubild 5). Hier sind insbesondere zu nennen:

- die Erarbeitung eines Struktur- und Entwicklungskonzeptes für den Wirtschaftsstandort Kiel sowie
- der Prozess, Kiel zu einer der kinder- und familienfreundlichsten Städte Deutschlands zu machen.

Schaubild 2

Landes- hospitzahl Kiel

Die Strategie der 2 Wege für Kiel ...

1. Präventionsstrategie	Den ungünstigen demografischen Trend bremsen und umkehren zum Beispiel Förderung der Kinder- und Familienfreundlichkeit
2. Anpassungsstrategie	Die negativen Effekte des demografischen Wandels abfedern zum Beispiel Infrastruktur wandelbar machen, Chancen im Älterwerden nutzen

In der Praxis ist ein ausbalancierter Mix an Maßnahmen notwendig

Schaubild 3

Landes- hospitzahl Kiel

Handlungsschwerpunkte der Präventionsstrategie

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Sicherstellung der Kinderbetreuung und familienfreundliche Unternehmenskulturen
- Vorschulische, schulische und berufliche Förderung und Förderung von Gesundheit und Sicherheit unserer Kinder durch Netzwerk-Kooperationen
- Stärkung Kiels als attraktiver Wohn- und Freizeitstandort für junge Familien
- Förderung der Integration von Ausländern und Stärkung der sozialen Integration im Stadtteil
- Ausbau des dynamischen Wirtschafts-, Bildungs- und Wissenschaftsstandortes
- Forcierung, Institutionalisierung der Zusammenarbeit Kiel und Umland

Schaubild 4

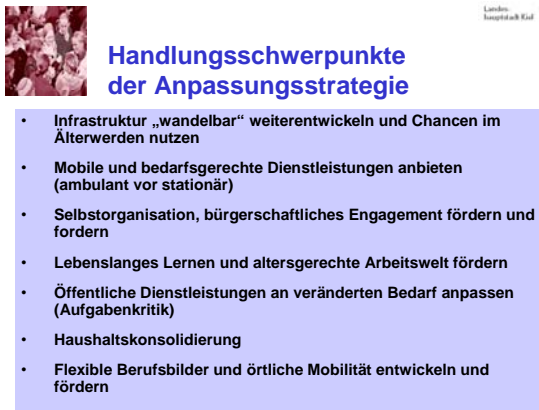
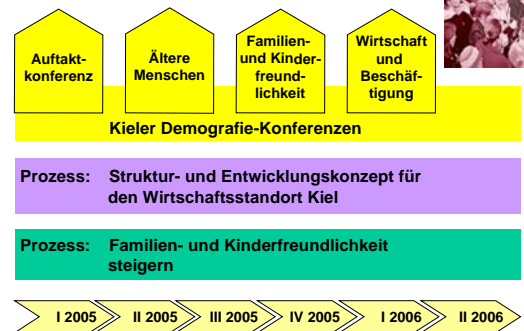


Schaubild 5

Die Kieler Gesamtstrategie ...



In der Summe fügen sich diese Bausteine zu einer Gesamtstrategie zusammen, um wesentliche Weichenstellungen für die Zukunftsentwicklung der Stadt

- aufeinander abgestimmt
- mit Beteiligung vieler und relevanter Akteure (auch im außerparlamentarischen Bereich)
- und somit nachhaltig und im gesellschaftlichen Konsens

vornehmen zu können.

So hat die Kieler Vorgehensweise, die Herausforderungen (und letztlich die Bewältigung) des demographischen Wandels zum Gegenstand breiter gesellschaftlicher Mitwirkung und Beteiligung zu machen, inzwischen auch landes- und bundesweit Beachtung gefunden.

Anhang I: Tipps und Links

Schleswig-Holstein

- Schleswig-Holstein im demographischen Wandel. Ein Beitrag zur Diskussion. Broschüre der Landesregierung Schleswig-Holstein mit Darstellung von Problemlagen und Handlungsansätzen für Kommunen, November 2005 (>> Download <http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator>)
- Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein. Konsequenzen des demographischen Wandels. Studie für die Staatskanzlei Schleswig-Holstein zu Trends, Handlungsfeldern und Lösungsansätzen; Juli 2004 (dsn Projekte-Studien-Publikationen)
- Schleswig-Holstein 2020. Demographie-Report regional, Mai 2005, dsn Projekte-Studien-Publikationen >> Download www.dsn-projekte.de/demographie
- Aktuelle Informationen der Landesregierung: www.demographie.schleswig-holstein.de

K.E.R.N.-Region

- Modellvorhaben „Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.“
Infos unter www.kern.de
>> Downloads
>> Ergebnisse der Befragung der 50plus-Generation

Sonstige Quellen

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Innovative Projekte zur Regionalentwicklung – Modellvorhaben der Raumordnung 2003 – 2006: Handlungsansätze aus 6 Modellregionen zum Thema „Infrastruktur und demographischer Wandel“
>> laufende Ergebnisse (Kurzportraits, Sachstandsberichte, Werkstattberichte) unter www.bbr.bund.de/moro
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL): Forschungsschwerpunkt zum demographischen Wandel mit zahlreichen Studien und Ergebnissen
>> Infos: ARL-Sekretariat, Hohenzollernstr. 11, 30161 Hannover
Tel. 0511 / 34842-0, Fax 0511 / 34842-41, www.ARL-net.de
- Bertelsmann-Stiftung: Aktion Demographischer Wandel: Zahlreiche Studien, Beispiele und Arbeitshilfen für Kommunen, z.B. „Demographie konkret - Handlungsansätze für die kommunale Praxis“ oder „Wegweiser Demographischer Wandel“
>> www.aktion2050.de oder www.wegweiserdemographie.de
- Landesinitiative Seniorenwirtschaft Nordrhein-Westfalen: Informationen, Gutachten und Best Practices zu Potenzialen des Alterns
>> www.seniorenwirt.de
- TRANSFER – Zeitschrift des Instituts für Fortbildung und Verwaltungsmodernisierung (Dezember 2005): Mehrere Aufsätze zum Thema „Demografischer Wandel in Schleswig-Holstein und darüber hinaus“.

Statistikamt Nord
– St 31 – / neu: 53
Tel. 040 / 428 31-1479



Vorausberechnungen für Hamburg und Schleswig-Holstein

Im Statistikamt Nord werden die im Folgenden aufgeführten Vorausberechnungen erstellt oder stehen zur Verfügung.

Hamburg

- 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder (KBV) für Hamburg: Bevölkerung nach 100 Altersjahren und Geschlecht, Vorausberechnung bis 2020, Modellrechnung bis 2050, drei Varianten, Basis 31.12.2001
- Vorausschätzung des Basisdatenausschusses (Bevölkerung, Haushalte, Erwerbspersonen) bis 2020 auf der Grundlage der 10. KBV, drei Varianten. Basis 31.12.2002
- Bevölkerungsvorausschätzung für die Hamburger Stadtteile bzw. zusammengefasste Stadtteile (84 Prognoseeinheiten) bis 2015. Berechnung mit Basis 31.12.2003 zur Zeit in Arbeit. Verfügbar voraussichtlich März / April 2005.

Schleswig-Holstein

- 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder (KBV) für Schleswig-Holstein: Bevölkerung nach 100 Altersjahren und Geschlecht, Vorausberechnung bis 2020, Modellrechnung bis 2050, drei Varianten, Basis 31.12.2001
- Auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte Vorausberechnung (Bevölkerung) bzw. Modellrechnung (Haushalte, Erwerbspersonen) des Statistikamtes Nord im Auftrag der schleswig-holsteinischen Landesplanung bis 2020 auf der Grundlage der 10. KBV (untere Variante). Basis 31.12.2003

Aussagekraft und Umfang der vorliegenden Berechnungen

Die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung lässt sich relativ zuverlässig vorausberechnen, da die Veränderungen durch den aktuellen Bevölkerungsaufbau weitgehend vorgegeben sind. Für die absolute Höhe der Bevölkerungszahl gilt dies mit Einschränkungen, da die Komponente, die kurzfristig die größten Veränderungen der Bevölkerungszahl zur Folge hat – nämlich der Wanderungssaldo – am schwierigsten zu prognostizieren ist. Daher werden häufig mehrere Varianten gerechnet, die sich in den Annahmen bezüglich der Höhe des Wanderungssaldos unterscheiden.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnungen liegen für jedes Prognosejahr nach 100 Altersjahren und Geschlecht vor.

Schwieriger als die Bevölkerungsprognose gestaltet sich die Vorausberechnung der Entwicklung der Zahl der Haushalte und Erwerbspersonen. (Häufig handelt es sich eher um Modellrechnungen.) Die zur Berechnung erforderlichen Erwerbspersonen- und Haushaltsquoten liegen auf Landesebene jährlich aus dem Mikrozensus vor. Da es sich bei dieser Erhebung um eine 1%-Stichprobe handelt, gibt es bei kleinen Fallzahlen von Jahr zu Jahr zum Teil deutliche Schwankungen in den Quoten. Unterhalb der Landesebene liegen die entsprechenden Daten im Allgemeinen nur aus der Volkszählung 1987 vor.

Kleinräumige Angaben zur Zahl der Haushalte in Hamburg liegen für 1999 aus der so genannten Haushaltegenerierung aus dem Melderegister vor.

Möglichkeit weiterer Vorausberechnungen

Prinzipiell lassen sich Bevölkerungsvorausberechnungen auch für alle regionalen Einheiten unterhalb der Landesebene erstellen, sofern die Bevölkerungszahl ein bestimmtes Minimum erreicht (z.B. 50.000 Personen) und die für die Festlegung der Annahmen und die Durchführung der Berechnungen erforderlichen Daten vorhanden sind:

- Bevölkerungsbestand des Basisjahres – männlich und weiblich nach 100 Altersjahren.
- Zahl der Geburten – möglichst nach Alter der Mutter.
- Für die Berechnung der jährlich zu erwartenden Sterbefälle wird in der Regel mit Sterbeziffern auf Landesebene gearbeitet.
- Wanderungssalden nach Alter als Zeitreihe für mindestens fünf bis zehn Jahre zurückreichend und möglichst getrennt für verschiedene Herkunfts-/Zielgebiete.
- Angaben über aufgrund von größeren Neubaugebieten zu erwartenden Zuzügen von außerhalb der Region, für die die Vorausberechnung erstellt wird.

Vorausberechnungen, die vom Statistikamt Nord erstellt werden und über die statistische Grundversorgung hinausgehen, sind in der Regel kostenpflichtig. Die Möglichkeiten, die Kosten sowie der Zeitrahmen sind im Einzelfall mit dem Statistikamt Nord zu klären. Ansprechpartner dort ist Herr Hußing, Tel. 040 / 428 31 - 1479.

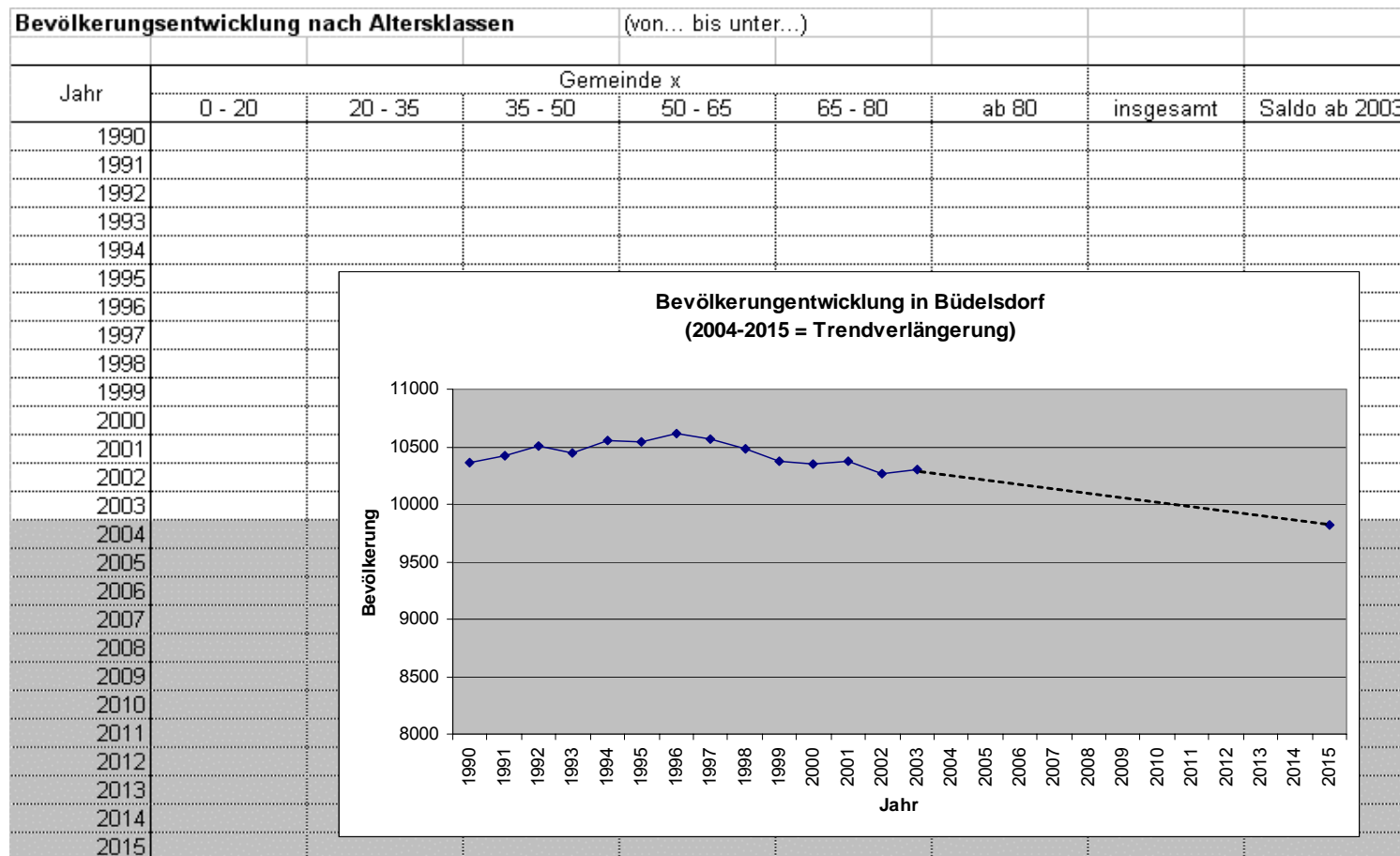
Stand 29. Januar 2005

Ulrich Hußing

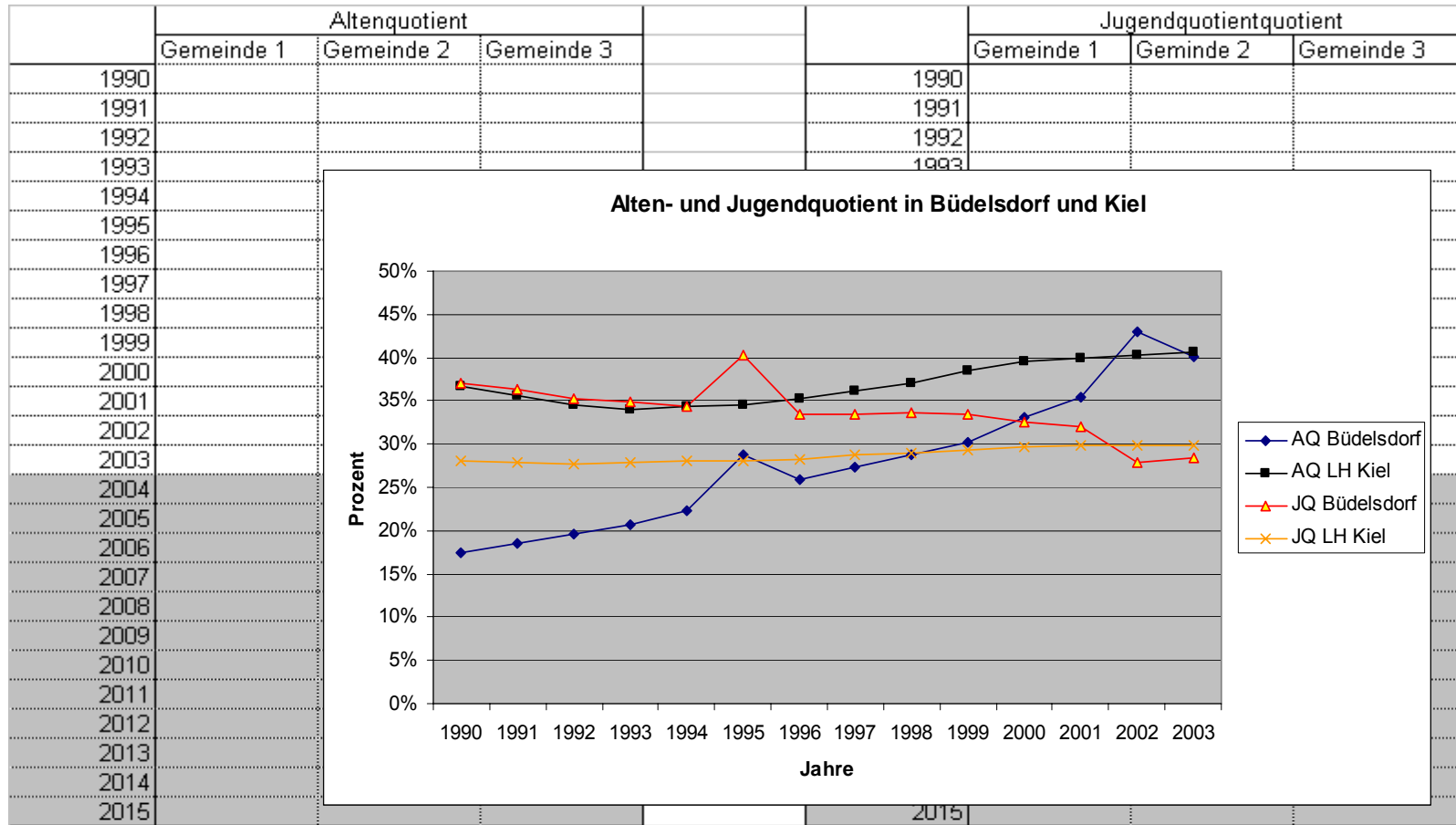
Anhang II: Excel-Tabellenvorlagen und Auswertungsbeispiele

Nachstehend Beispiele für Darstellungen der Ausgangssituation sowie des Trendszenarios:
 Jeweils das zugrunde liegende Excel-Abfrageschemata und ein Auswertungsbeispiel mit Excel.
 Die Excel-Abfrageschemata sind als Dateien unter www.kern.de als Download verfügbar.

Tab. 1: Bevölkerung nach Altersklassen

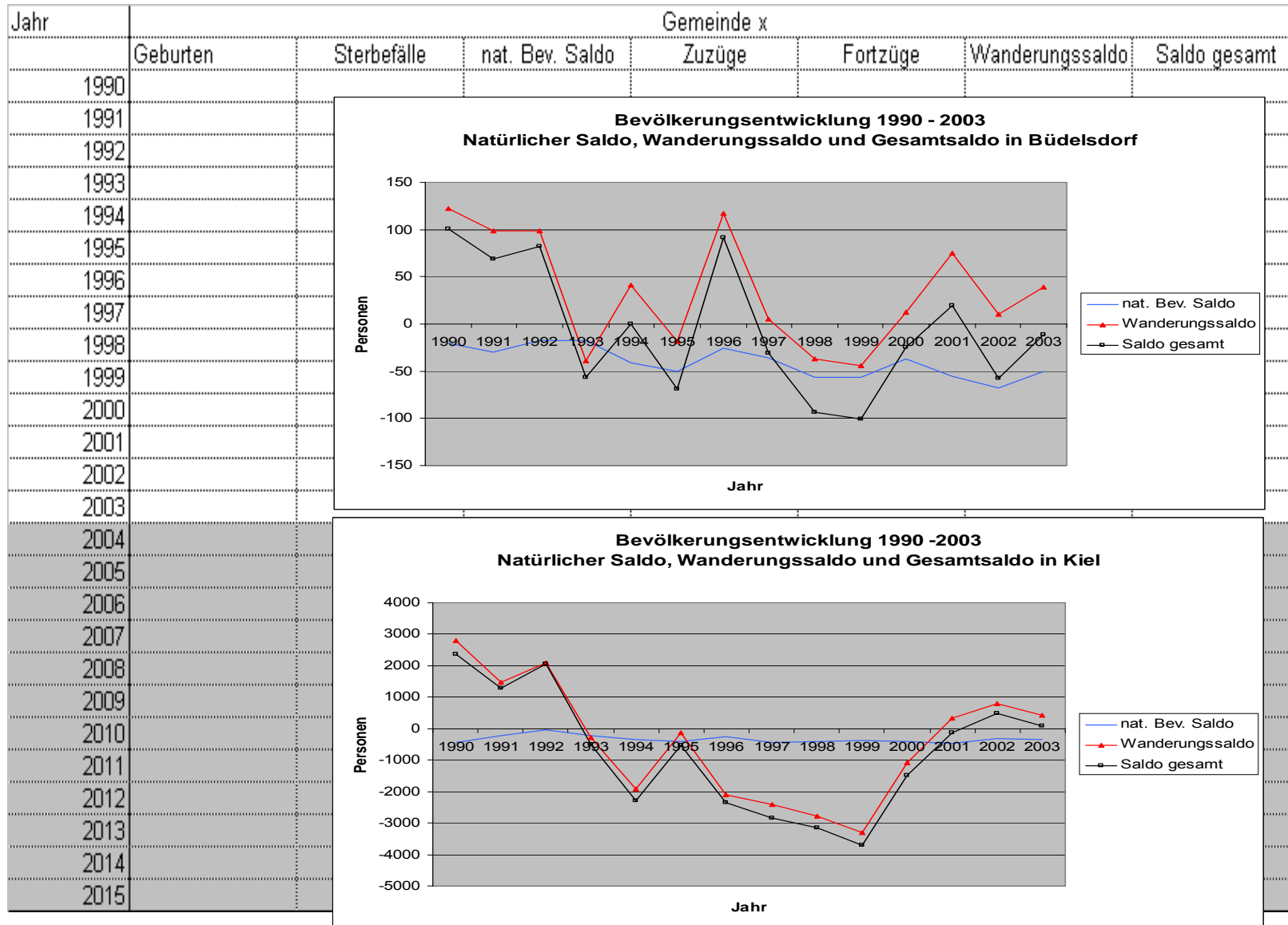


Tab. 2: Alten- und Jugendquotient



Berechnungsweg: $Bev\ddot{o}lkerung\ \ddot{u}ber\ 65\ Jahre\ bzw.\ unter\ 20\ Jahre / Gesamtbev\ddot{o}lkerung \times 100$

Tab. 3: Bevölkerungsentwicklung unterschieden nach natürlicher und wanderungsbedingter Entwicklung



Tab. 4: Bevölkerungsentwicklung von Ausländern

Bevölkerungsentwicklung / Ausländer		(jeweils am 31.12.)				
	Gemeinde 1		Gemeinde 2		Gemeinde 3	
Jahr	Ausl. absolut	Anteil Ausl. in %	Anteil Ausl. absolut	Anteil Ausl. in %	Anteil Ausl. absolut	Anteil Ausl. in %
1990						
1991						
1992						
1993						
1994						
1995						
1996						
1997						
1998						
1999						
2000						
2001						
2002						
2003						
2004						
2005						
2006						
2007						
2008						
2009						
2010						
2011						
2012						
2013						
2014						
2015						

Entwicklung des Ausländeranteils in Büdelsdorf und Kiel

Jahr	Anteil Ausl. in % (Büdelsd.)	Anteil Ausl. in % (Kiel)
1990	3.5%	6.8%
1991	4.0%	7.0%
1992	4.8%	7.5%
1993	5.8%	8.0%
1994	6.8%	8.0%
1995	7.2%	8.2%
1996	7.5%	8.5%
1997	7.8%	8.8%
1998	8.2%	9.0%
1999	8.3%	8.8%
2000	8.5%	8.7%
2001	8.5%	9.0%
2002	9.0%	9.0%
2003	9.5%	8.8%

Tab. 5: Entwicklung der Haushalte

Entwicklung der Haushalte						
	Gemeinde 1			Gemeinde 2		
	Anzahl HH	Δ in % seit 1990	Anteil EPH	Anzahl HH	Δ in % seit 1990	Anteil EPH
1990						
1991						
1992						
1993						
1994						
1995						
1996						
1997						
1998						
1999						
2000						
2001						
2002						
2003						
2004						
2005						
2006						
2007						
2008						
2009						
2010						
2011						
2012						
2013						
2014						
2015						

Entwicklung der Haushalte in Büdelsdorf von 1990 bis 2004 (1990 = 100)

Jahr	Δ in % seit 1990
1990	100,0%
1991	100,5%
1992	101,0%
1993	101,5%
1994	102,0%
1995	103,0%
1996	104,0%
1997	105,0%
1998	105,5%
1999	106,0%
2000	105,5%
2001	106,5%
2002	107,5%
2003	107,5%
2004	107,5%

Tab. 7: Entwicklung ausgewählter Arbeitsmarktdaten

Gemeinde 1					Gemeinde 2						
Erwerbspersonen	SozVerPfl Beschäftigte	Arbeitslosenquote			Sozialhilfequote	Erwerbspersonen	SozVerPfl Beschäftigte	Arbeitslosenquote			Sozialhilfequote
		Männer	Frauen	insges.				Männer	Frauen	insges.	

Tab. 8: Entwicklung der Kommunalfinanzen

Kommunalfinanzen			
Jahr	Gestaltungsquote*		
	Gemeinde 1	Gemeinde 2	Gemeinde 3
1990			
1991			
1992			
1993			
1994			
1995			
1996			
1997			
1998			
1999			
2000			
2001			
2002			
2003			
2004			
2005			
2006			
2007			
2008			
2009			
2010			
2011			
2012			
2013			
2014			
2015			

* Verhältnis der Schulden zu Steuern und steuerlichen Annahmen

Tab. 9: Weitere beispielhafte Tabellenvorlagen von Infrastruktureinrichtungen

Kindergarten und Kindertagesstätten						
	Gemeinde x					
Jahr	Anz. KiGa u. KiTa Einrichtungen)	Anz. Plätze	Alter Kinder zw. 3 u. 6 J.	Versorgungs- grad	Anz. Betreuer	Kosten
1995						
2003						
2015						

Einrichtungen für Ältere						
	Gemeinde x					
	1995 / 2004 / 2010 / 2020					
	Alterstages- stätten	Senioren- treffs	Soz. Dienste	Sonstiges		Gesamt
Anzahl						
Beschäftigte (vollzeitäquivalente) ehrenamtl. Tätige						
Anzahl Nutzer						
Anzahl Angebote						
Auslastungsgrad						
kommunale Aufwendungen						

(Vgl. zu Beispielen für Infrastrukturabfragen auch Daten-Set Demographischer Wandel im Anhang III.)

Anhang III: Daten-Set Demographischer Wandel

Handlungsfelder Daten / Indikatoren	Beschreibung (ggf. Formel)	Aussage und Verwendbarkeit	Quelle
1. Bevölkerungsentwicklung / Soziodemographie			
Natürliche Bevölkerungsentwicklung	<p>Entwicklung von Geburten und Sterbefällen absolut und im Verhältnis zur Einwohnerzahl insgesamt sowie zur Einwohnerzahl in bestimmten Altersklassen (Geburten- und Sterbehäufigkeit).</p> <p>Darstellung pro Jahr, z.B. der letzten 10 Jahre bis heute sowie in Zukunft.</p>	<p>Zentrale Komponente der Bevölkerungsentwicklung und unverzichtbare Grundlage. Insbesondere Geburten sind zudem wichtig für kommunalen „Nachwuchs“.</p>	<p>Einwohnermelderegister, Statistikamt Nord (vergleichbar innerhalb SH).</p> <p>Bevölkerungsvorausrechnungen auf Basis der 10. KBV liegen z.Z. in SH nur auf Kreisebene vor. Für kleinere Einheiten sind Sonderauswertungen beim Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein oder kompetenten Instituten zu beauftragen. Alternative: „Einschätzung“ durch erfahrene lokale Akteure (z.B. Methode mit Pfeilen).</p>
Wanderungen	<p>Zu- und Fortzüge (rückwirkende Entwicklungen der letzten 10 Jahre), absolut sowie differenziert nach Altersgruppen und im Verhältnis zur Einwohnerzahl.</p>	<p>Zentrale Komponente der Bevölkerungsentwicklung. Gibt zudem Hinweise auf Attraktivität der Kommune als Wohn- und Arbeitsstandort etc.</p> <p>Ergänzende Analyse: Wer zieht zu, wer zieht weg? Wanderungsbilanz im Zeitverlauf, ggf. Befragung Wanderungsmotive.</p> <p>Wichtig: Neubürger begrüßen und einbinden.</p>	<p>Einwohnermelderegister, Statistikamt Nord.</p> <p>Hinweis: Da keine „Abmeldepflicht“ mehr besteht, können Fortschreibungsfehler auftreten, wenn Zuzugskommune nicht meldet.</p> <p>Vorausschätzungen liegen nur auf Kreisebene vor. Für kleinere Einheiten „Einschätzung“ durch erfahrene lokale Akteure (z.B. Methode mit Pfeilen).</p>

Handlungsfelder Daten / Indikatoren	Beschreibung (ggf. Formel)	Aussage und Verwendbarkeit	Quelle
Bevölkerungsentwicklung nach Altersklassen	Wie oben, nur differenziert nach Altersklassen	Hinweis auf Bedeutung einzelner Altersklassen sowie (im Zeitverlauf) Entwicklungstrends (z.B. starke Alterung). Basis für Berechnung Alten- und Jugendquotient sowie zahlreiche Infrastrukturplanungen wie z.B. Schulentwicklungsplanung, KiTa-Bedarfsplanung etc.	Einwohnermelderegister, Statistikamt Nord. Problematik Prognosen siehe oben.
Bevölkerungsentwicklung nach Geschlecht	Differenzierung der o.g. Indikatoren nach Geschlecht	Darstellung der geschlechterspezifischen Bevölkerungsentwicklung. Gleichverteilung der Geschlechter im „gebärfähigen Alter“ der Frauen ist wichtig für „Nachwuchs.“ Insbesondere angesichts der Alterung wichtiger Indikator, da höhere Lebenserwartung der Frauen. (Ältere Frauen dominieren die „gehobenen“ Altersklassen).	Einwohnermelderegister, Statistikamt Nord.
Altenquotient	Einwohner ab 65 je Einwohner im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre). Ein Altenquotient von 55 bedeutet, auf 100 Menschen im Erwerbsalter kommen 55 ältere Menschen ab 65. Die Abgrenzung orientiert sich am (derzeitigen) gesetzlichen Renteneintrittsalter (das voraussichtlich zukünftig auch das tatsächliche Renteneintrittsalter sein dürfte). Berechnung auch mit Altersgrenze „ab 60“ möglich.	Darstellung des Verhältnisses „Alt“ zu „Jung“. Zudem Hinweis auf das Verhältnis der durchschnittlich erwerbstätigen Bevölkerung zur nicht erwerbstätigen Bevölkerung.	Eigene Berechnungen auf Basis der Altersklassen
Jugendquotient	Personen im Alter von 0 bis unter 20 Jahren je 100 Personen zwischen 20 und unter 65 Jahren. (s.a. Erläuterungen Altenquotient)	Darstellung des Verhältnisses „Jung“ zu „Alt“.	Eigene Berechnungen auf Basis der Altersklassen

Handlungsfelder Daten / Indikatoren	Beschreibung (ggf. Formel)	Aussage und Verwendbarkeit	Quelle
Ausländerquote	Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung.	Indikator für die zunehmende Heterogenität der Gesellschaft >> Integration. Obwohl der Ausländeranteil nicht alle Einwohner mit Migrationshintergrund erfasst, lässt sich dieses Phänomen mit der Veränderung des Ausländeranteils beschreiben.	Einwohnermelderegister
Personen im erwerbsfähigen Alter, Erwerbstätige / Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Personen im erwerbsfähigen Alter sind alle zwischen 20- und unter 65 Jahren. „Erwerbspersonen“ sind alle Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und unter 65 Jahren, die eine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Erwerbstätige und Erwerbslose). Die tatsächlich Erwerbstätigen als Teilmenge der Erwerbspersonen umfassen i. W. die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB), Selbstständige sowie mithelfende Familienangehörige.	Erwerbstätige und SVB können in ihrer Entwicklung und differenziert nach Wirtschaftszweigen dargestellt werden. Berechnung SVB i.d.R. nach dem <u>Wohnort</u> . Im demographischen Wandel wichtig sind die zukünftige Zahl der Erwerbspersonen, deren Altersstruktur sowie die altersspezifischen Erwerbsquoten (s.u.). Ergänzend zu berücksichtigen sind Zahl der Betriebe und Arbeitsplätze (SVB am Arbeitsort).	Bundesagentur für Arbeit; Statistikamt Nord. SVB liegen i.d.R. zeitnäher vor als Erwerbstätige. => <i>Erwerbstätige auf Gemeindeebene werden nicht erfasst, diese gibt es höchstens auf Kreisebene. Die Gemeinde kennt nur die Anzahl der SVB.</i> Eine Erwerbspersonenvorausberechnung 2020 auf Kreisebene liegt beim Statistikamt Nord vor.
Alter- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten	z.B. Anteil der Erwerbstätigen > 50 Jahre oder der erwerbstätigen Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen. z.B. Anteil der Erwerbspersonen älter 50 Jahre an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Gleiches Prinzip gilt auch für die geschlechtsspezifische Betrachtung.	Hinweis auf fehlende, jedoch wünschenswerte Erwerbsbeteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen (insbes. Frauen, Vorrührendler) (= „Arbeitsmarktreserven“).	Eigene Berechnungen auf Basis Arbeitsmarktstatistik (in der Regel Sonderauswertungen notwendig).

Handlungsfelder Daten / Indikatoren	Beschreibung (ggf. Formel)	Aussage und Verwendbarkeit	Quelle
Arbeitslose Empfänger Arbeitslosengeld I + II (früher Arbeitslosengeld, -hilfe und Sozialhilfe)	Arbeitslosenquoten auf Gemeindeebene Quoten der Arbeitslosengeldempfänger	„Klassischer“ Indikator. Die Anzahl der Arbeitslosen und ALG-Empfänger hat zu- dem Auswirkungen auf den kommunale Haushalt sowie das soziale Klima.	Bundesagentur für Arbeit. Daten zu Arbeitslosen und Bedürftigen liegen infolge von Hartz IV (veränderte Zuständigkeiten) nicht mehr zeitnah auf Gemeindeebene vor. Hier ist die weite- re Entwicklung abzuwarten.
Haushalte	Wichtigste Indikatoren sind die Entwicklung der Zahl und der Struktur (Alter und Größe) der Haushalte.	Die Zahl und Struktur der Haushalte sind mehr noch als die Bevölkerungsentwicklung zentrale Größen für Wohnungsnachfrage (>> kommunale Entscheidungen im Woh- nungsbau) sowie Nachfrage nach Produk- ten und Dienstleistungen für mehr Lebens- qualität im Alter. Insbesondere angesichts der Alterung wich- tiger Indikator, da Zahl der Ein- und Zwei- personenhaushalte mit zunehmender Alte- rung steigt (mit entspr. Abnahme der durch- schnittlichen Haushaltgröße).	I.d.R. statistisch auf kommunaler Ebene nicht vollständig erfasst. Alternativ sind eigene Recherchen der Kommune möglich (z.B. Haushaltsan- schlüsse lokaler Versorger). Eine Hauhaltsvorausberechnung 2020 auf Kreisebene liegt beim Statistikamt Nord vor.
2. Ausgewählte Teilmärkte			
Wohnungsmarkt	Wichtigste Indikatoren sind Zahl der Wohn- einheiten (Bestand und Planung), Woh- nungsgrößen sowie Grundstückspreise (ggf. -größen) bzw. Mieten nach Baualter- klassen. Wünschenswert zudem Baualter und Lage. Angesichts Alterung zudem wich- tig: altengerechte Wohnungen, betreutes Wohnen, Altersheime.	Grundsätzlich: Informationen zu Struktur und Attraktivität des Wohnungsmarktes. Hinweise auf mögliche Abwanderungsfakto- ren bzw. Zuzugshemmnisse für bestimmte Zielgruppen (z.B. Familien). Aussagen zu Bedarfen für Spezialimmobi- lien (Seniorenwohnanlagen, Mehrgenerati- onenhäuser etc.).	In der Regel nur durch Sonderaufberei- tungen, Befragung Wohnungsbauträger / Makler und Gutachten ermittelbar (z.B. Wohnraumversorgungskonzept).

Handlungsfelder Daten / Indikatoren	Beschreibung (ggf. Formel)	Aussage und Verwendbarkeit	Quelle
Einzelhandel / Nahversorgung	Beschreibung der Einzelhandelssituation bzw. Versorgungssituation der Bevölkerung nach Stadt- / Ortsteilen anhand gängiger absatzwirtschaftlicher Indikatoren: Standorte, Besatz (Hauptwarengruppen), Verkaufsflächen (gesamt und pro Kopf), Kaufkraftkennziffern, Ausgabevolumen, Zentralität etc. Status quo und Entwicklung.	Hinweise zu Qualität und Erreichbarkeit der Nahversorgung Rückläufige Bevölkerungszahlen führen zu abnehmender Kaufkraft. Kaufkräftige 50plus-Generation kann zu Kompensation führen. => Sind Probleme in der Nahversorgung älterer Menschen zu erwarten?	Vollständiges Bild nur mittels Gutachten erreichbar. Ausgew. Daten und Kennziffern lassen sich aufbereiten (z.B. Standorte, Verkaufsflächen durch Begehung und Auswertung Bauakten) oder einkaufen (IHK, private Anbieter wie z.B. GfK)
3. Ausgewählte Infrastruktureinrichtungen >> Hier keine ausführliche Darstellung, da im Arbeitskreis nicht vertieft behandelt.			
Grundsätzliche Hinweise: Notwendig ist jeweils die Betrachtung IST und ZUKUNFT nach:			
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestand und Entwicklung der Einrichtungen (Menge) ▪ Auslastung (Zahl der Nutzer, Nutzerstruktur, Nutzungszeiten etc.) ▪ Kosten der Einrichtung (v.a. im Zeitverlauf) sowie Kosten pro Kopf bzw. pro Nutzung 			
Für die meisten Einrichtungen der Sozialen Infrastruktur gibt es gesetzliche Grundlagen und entsprechende Fachplanungen.			
▪ Kindergärten, KiTas		Hinweis auf Attraktivität der Kommune als Wohn- und Arbeitsstandort etc.	Eigene Recherchen, Kommunalstatistik, Fachplanungen
▪ Schulen			
▪ Sonstige Bildungseinr.			
▪ Versammlungsräume	z.B. Bürgerhäuser		
▪ Jugendeinrichtungen	z.B. Jugendclubs, Spielplätze		
▪ Einrichtungen für Ältere	Seniorenbegegnungsstätten, Pflegeeinrichtungen		
▪ Freizeiteinrichtungen	Sportplätze, Turnhallen, Schwimmbäder		
▪ Kultureinrichtungen	Theater, Kino, Sonstiges		
▪ ÖPNV	Anschlüsse, Taktungen, Routen, Anteil Schülerverkehr etc.		
▪ Sonstige Verkehrswege	Entfernung zum Mittel- / Oberzentrum		
▪ Ehrenamt	Vereine		

Handlungsfelder Daten / Indikatoren	Beschreibung (ggf. Formel)	Aussage und Verwendbarkeit	Quelle
4. Sonstige kommunale Eckdaten			
Gestaltungsquote / Freie Finanzspitze	Die Gestaltungsquote ist das Verhältnis von Schulden einer Kommune zu Steuern und steuerähnlichen Einnahmen. Die freie Finanzspitze errechnet sich vereinfacht aus der Zuführung zum Vermögenshaushalt abzüglich Tilgung von Krediten und Zuführung von Sonderrücklagen.	Der „finanzielle Gestaltungsspielraum“ ist wichtig, nicht nur im demographischen Wandel. Allerdings bilden die gängigen Berechnungen diesen nur begrenzt ab, zumal zunehmend auch Infrastrukturaufgaben seitens der Kommunen auf Private ausgelagert werden bzw. einige Infrastrukturangebote bereits von Privaten oder in PPP betrieben werden.	Kommune

© Modellvorhaben der Raumordnung „Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.“, AK Modellkommunen / -regionen / CONVENT GmbH



Modellvorhaben der Raumordnung
Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.



Das Projekt wird im Rahmen des Forschungsprogramms „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) fachlich unterstützt und gefördert.

www.bbr.bund.de



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

